

Manfred Mugrauer

Hella Altmann-Postranecky (1903–1995)

Funktionärin der ArbeiterInnenbewegung und erste Frau in einer österreichischen Regierung

Als erste Frau in einer österreichischen Regierung hat Hella Altmann-Postranecky einen bleibenden Platz in der österreichischen Geschichte. In Zeitungsveröffentlichungen,¹ PolitikerInnenreden² und sogar in der neueren Forschungsliteratur³ wird immer wieder Grete Rehor, die ab 1966 als Sozialministerin der ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus angehörte, als erstes weibliches Regierungsmitglied genannt. Tatsächlich war Rehor die erste Frau, die in ein Ministeramt bestellt wurde. Vergessen wird dabei allerdings, dass bereits Hella Postranecky von April bis Dezember 1945 als Unterstaatssekretärin für Volksernährung der Provisorischen Regierung Renner angehört hatte. Da die UnterstaatssekretärInnen der ersten nach der Befreiung gebildeten Regierung den Rang der späteren StaatssekretärInnen hat-



Hella Postranecky im Jahr 1945
ZPA der KPÖ

- 1 Exemplarisch: Erste Frau vor 40 Jahren in Regierung, in: Wiener Zeitung, 18. 4. 2006, S. 4; Hans Werner Scheidl, Eine „schwarze Kommunistin“?, in: Die Presse, 16. 6. 2012, S. 29; Josef Achleitner, Als die erste und wohl auch letzte Alleinregierung der ÖVP ins Amt kam, in: Oberösterreichische Nachrichten, 11. 4. 2016, S. 3.
- 2 „Männer kämpfen mit unfairen Mitteln“, in: Die Presse, 31. 7. 2011, S. 6 (Interview mit der ehemaligen Frauenministerin Maria Rauch-Kallat).
- 3 Hubert Nowak, Ein österreichisches Jahrhundert 1918–2018, Wien–Graz–Klagenfurt 2017, S. 207.

ten – die Namensgebung diene nur dazu, den provisorischen Charakter der Regierung zu unterstreichen (die Minister waren Staatssekretäre) –, waren sie vollwertige Mitglieder des damaligen Kabinettsrats (des späteren Ministerrats).⁴ Die erste österreichische Ministerin ist damit zwar Grete Rehor, die erste Frau in einer österreichischen Regierung aber die Kommunistin Hella Postranecky (später Altmann-Postranecky).

Politische Sozialisation

Helene („Hella“) Postranecky⁵ wurde am 12. März 1903 in Wien geboren und wuchs in Favoriten, dem 10. Wiener Gemeindebezirk, in einer ArbeiterInnenfamilie auf. Ihr Vater Franz war zwar gelernter Schmied, arbeitete aber als Hilfsarbeiter und Zuckerbäcker. Die Mutter Anna war Heimarbeiterin und nähte zu Hause Krawatten. In einem von Postranecky in den 1970er Jahren verfassten und im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes aufliegenden „Lebensbild“ schreibt sie über ihre Kindheit: „Rund um mich war Armut und Arbeitslosigkeit.“⁶ Ihre Eltern lebten in so genannter „wilder Ehe“, nachdem ihre Mutter zuvor schon verheiratet gewesen, von ihrem ersten Ehemann aber getrennt war: „Meine Mutter musste als Konkubine mit meinem Vater leben. Sie wurde darum oft gekränkt und litt darunter.“ Erst als nach dem November 1918 „Dispensehen“ auf dem Verwaltungsweg ermöglicht wurden,⁷ konnten ihre Eltern heiraten. Postraneckys Mutter war – wie sie schreibt – „ein Opfer des alten § 144“, d. h. sie ist in jungen Jahren an den Folgen eines (damals illegalen) Schwangerschaftsabbruchs gestorben. „Frauen, die pfuschermäßige Abtreibungen an sich vornehmen lassen“, gehörten zu Postraneckys frühesten Erinnerungen. Über ihren Vater schreibt sie: „Er war sehr arbeitsam, anständig, trank nicht und rauchte nur sein Pfeiferl mit billigem Tabak.“ Auch er ist früh gestorben – an einem Herzleiden infolge der Spanischen Grippe.

4 Verfassungsgesetz v. 1. 5. 1945 über die vorläufige Einrichtung der Republik Österreich (Vorläufige Verfassung), StGBI. Nr. 5, § 8.

5 Abweichende (nicht korrekte) Schreibweisen (etwa „Nelli“, „Postranetzky“ usw.) wurden beibehalten.

6 Sofern nicht anders vermerkt, so beziehen sich sämtliche biographischen Angaben auf diese Quelle: DÖW 16.644, Hella Altmann-Postranecky, Lebensbild, o. D. [nach 1970], 9 Seiten.

7 Ein solcher Dispens vom Ehehindernis ermöglichte die Wiederheirat von geschiedenen KatholikInnen. Eine Zivilehe mit der Möglichkeit der Scheidung gab es in Österreich vor 1938 nicht. Vgl. Ulrike Harmat, Ehe auf Widerruf? Der Konflikt um das Eherecht in Österreich 1918–1938, Frankfurt/M. 1999 [= Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 121], S. 153–169.

Wie Postranecky berichtet, ging sie gerne zur Schule und las viel. Ihr Traum war es, Lehrerin zu werden. Infolge der schwierigen sozialen Verhältnisse begann sie aber im Juni 1917 mit 14 Jahren als „Dienstmädchen“, also als Hausgehilfin, zu arbeiten. Mit 16 Jahren – im Jahr 1919 – wurde sie Hilfsarbeiterin bei der Firma Calderara & Bankmann, einer Parfümerie- und Seifenfabrik in der Laxenburgerstraße in Favoriten, wo sie vier Jahre lang, bis 1923, beschäftigt war. In dieser Fabrik kam sie auch erstmals mit der organisierten ArbeiterInnenbewegung in Berührung und wurde 1919 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und der Freien Gewerkschaft. In ihrem „Lebensbild“ schreibt sie: „Versammlungen in Betrieb und Gewerkschaft, Demonstrationen direkt vom Betrieb weg für neue soziale Rechte waren meine ersten Schulen der Arbeiterbewegung. [...] Ich wurde zu einer fanatischen Kämpferin für die Forderungen der Arbeiterinnen im Betrieb. Ich sprach in Betriebsversammlungen ohne zu wissen, dass Reden eine Leistung sei. [...] Meine Argumente waren sehr einfach, oft primitiv, aber es war die Sprache der Arbeiterinnen, es waren ihre eigenen Anliegen, die ich vertrat.“

Bereits im ersten Arbeitsjahr wurde Postranecky vom Betriebsrat auf eine Gewerkschaftsschule für Arbeiterinnen geschickt. Dort stieß sie auf die damals 18-jährige Rosa Jochmann, die bereits in jungen Jahren Funktionärin im Chemiarbeiterverband (so hieß damals die Gewerkschaft) war und mit der sie – über politische Brüche hinweg – eine lebenslange Freundschaft verbinden sollte. Später besuchte Postranecky eine Rednerinnenschulung, die mit Therese Schlesinger eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Frauenbewegung der Ersten Republik leitete. Im Anschluss daran – im Jahr 1923 – war Postranecky bereits Rednerin in WählerInnenversammlungen, obwohl sie selbst noch gar nicht wahlberechtigt war, lag doch das damalige Mindestwahlalter bei 20 Jahren.

1923 schied sie aus der Parfümeriefabrik aus und besuchte von Herbst 1923 bis Februar 1924 – ein halbes Jahr lang – eine Tagesschule für Kindergärtnerinnen, die von den Kinderfreunden im Schloss Schönbrunn abgehalten wurde. Zu dieser Zeit findet sich ihr Name erstmals in der Arbeiter-Zeitung, konkret als Referentin im Verband der Hausgehilfinnen zum Thema „Die Bedeutung der Wahlen für die Frauen“.⁸ Im März 1924 – Postranecky war 21 Jahre alt – wurde sie Frauensekretärin der SDAP für den Wahlkreis „Viertel ober dem Wienerwald“ (das Mostviertel rund um St. Pölten). Die nächsten zehn Jahre, bis zum Februar 1934, arbeitete sie als Parteiangestellte. Von Herbst 1926 bis

8 Vereine und Versammlungen, in: Arbeiter-Zeitung, 2. 9. 1923, S. 13–14, hier 14.

Februar 1927 besuchte Postranecky die erste Frauenzentralschulung der zu Beginn des Jahres 1926 gegründeten Arbeiterhochschule in Döbling, die von Josef Luitpold Stern geleitet wurde.⁹ Da der Zweck solcher Parteischulen darin bestand, FunktionärInnen auszubilden, folgte im Anschluss daran ein Karriereprung in der Sozialdemokratie: Postranecky wurde 1927 zur Frauensekretärin der niederösterreichischen Landesorganisation bestellt. Als solche war sie auch kooptiertes Mitglied des Landesvorstands der Partei.



Erster Jahrgang der Arbeiterhochschule der SDAP in Wien (17. 1.–17. 6. 1926), letzte Reihe, 2. v. l.: Hella Postranecky, 1. Reihe, 4. v. l.: Rosa Jochmann, 3. v. r.: Josef Luitpold Stern

DÖW-Fotosammlung 9778

⁹ Susanne Böck, *Abstrakte Menschen. Sozialdemokratische Kultur- und Bildungsarbeit als Konzept der Moderne 1918–1934*, in: Harald Troch (Hrsg.), *Wissen ist Macht! Zur Geschichte sozialdemokratischer Bildungsarbeit*, Wien 1997 [= Sozialistische Bibliothek, Abteilung 3, Bd. 4], S. 137–163, hier 149 ff.; Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), *Sozialdemokratische Landesorganisation Niederösterreich, Kt. 4, Mappe 18, Sekretariat der SDAP, Robert Danneberg an die Landesorganisationen, 29. 10. 1925*; Herbert Steiner, *Käthe Leichter. Leben und Werk*, Wien 1973, S. 140.

In späteren Veröffentlichungen ist zu lesen, dass Postranecky in den darauffolgenden Jahren, bis zum Verbot der Partei im Jahr 1934, auch niederösterreichische Landessekretärin gewesen sein soll. Mit Blick auf die Quellen ist dies aber zu relativieren: Die Funktion eines politischen Landessekretärs bzw. einer Landessekretärin gab es damals in der niederösterreichischen SDAP nicht, korrekterweise müsste man von einer Sekretariatsleiterin, also einer Leiterin des Büros der SDAP Niederösterreich sprechen. Demgemäß bezeichnet sich Postranecky auch selbst in einem Lebenslauf als „Leiterin des Niederösterreichischen Landespartei-Sekretariats“.¹⁰ In ihrem „Lebensbild“ schreibt sie hierüber: „Später, als in der niederösterreichischen Landesorganisation kein Sekretär mehr arbeitete, machte ich auch die technische und zum Teil organisatorische Arbeit für die Landespartei. Der wirkliche Leiter der politischen und organisatorischen Arbeit war Oskar Helmer.“ Ein solches, vom stellvertretenden Landeshauptmann Helmer geleitetes Parteisekretariat war 1928 eingerichtet worden, bis dahin war das Wiener Sekretariat maßgebend. Die Sekretariatsarbeiten teilten sich – laut einem Bericht in der Arbeiter-Zeitung – Konrad Reif und Hella Postranecky als Frauensekretärin.¹¹ Reif wiederum wird in einer biographischen Notiz im Archiv der SPÖ als „Hilfssekretär“ der SDAP Niederösterreichs in den Jahren 1924 bis 1928 ausgewiesen,¹² von 1932 bis 1934 war er Landtagsabgeordneter.

Sozialdemokratische Frauensekretärin

Das wichtigste Politikfeld Postraneckys war die Frauenpolitik bzw. die „Frauenarbeit“, die in der Sozialdemokratie der Ersten Republik einen hohen Stellenwert hatte. An der Spitze der sozialdemokratischen Frauenorganisation stand das so genannte Frauenzentalkomitee, beim Sekretariat des Parteivorstands gab es ein Frauensekretariat, geleitet von Gabriele Proft. Auf allen Ebenen der Partei – auf Bundesebene, auf Ebene der Länder bis hinunter zu den Kreisen, Bezirken und auf lokaler Ebene – existierten Frauenkomitees und

10 Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Lebenslauf, 20. 8. 1945, S. 1.

11 Das Erstarren der niederösterreichischen Landespartei, in: Arbeiter-Zeitung, 28. 2. 1928, S. 4. Helmer erwähnt in seinen Erinnerungen im Zusammenhang mit dem Aufbau der Partei in Niederösterreich Postranecky nicht (Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957, S. 101), was ihrem späteren Übergang zur KPÖ geschuldet sein dürfte.

12 VGA, Sozialdemokratische Landesorganisation Niederösterreich, Kt. 5, Mappe 31, Konrad Reif, Biografische Notiz, o. D.

Frauenkonferenzen. Im Vorfeld der Parteitage fanden Frauenreichskonferenzen statt.¹³ Auch am Vortag der so gut wie jährlich ausgerichteten Landeskonferenzen gab es Frauenkonferenzen. Auf der niederösterreichischen Frauenkonferenz



Hella Postranecky (1920er Jahre)
DÖW-Fotosammlung 9776a/4

im Floridsdorfer Arbeiterheim am 26. September 1925 forderte Postranecky, dass eine Landesfrauensekretärin angestellt werden solle¹⁴ – eine Funktion, die zwei Jahre später schließlich tatsächlich für sie selbst geschaffen wurde. Ende Oktober 1926 wird Postranecky erstmals als Teilnehmerin einer Frauenreichskonferenz – am Vortag des „Linzer Parteitags“ – erwähnt.¹⁵ Im Vorjahr – am 13. November 1925 – hatte im Vorfeld des Parteitags nur eine Besprechung der weiblichen Delegierten im Favoritner Arbeiterheim und keine Konferenz stattgefunden. Postranecky hatte sich auch hier zu Wort gemeldet.¹⁶ Spätestens im März 1927 wurde Postranecky in das niederösterreichische Frauenlandeskomitee gewählt, dessen Vorsitzende Katharina („Käthe“) Graf war.¹⁷ Auf der neunten Frauenreichskonferenz der SDAP im Oktober 1929 wurde sie in das Frauenzentalkomitee gewählt, in das sie zuvor bereits als niederösterreichische Frauensekretärin kooptiert gewesen war.¹⁸

- 13 Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938*, Innsbruck–Wien–Bozen 2009 [= Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 10], S. 130.
- 14 Die niederösterreichische Frauenlandeskonferenz, in: *Arbeiter-Zeitung*, 27. 9. 1925, S. 10.
- 15 Frauenarbeit und Bevölkerungspolitik. Verhandlungen der sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz 29. und 30. Oktober 1926 in Linz, hrsg. v. Frauenzentalkomitee, Wien o. J., S. 63.
- 16 VGA, Sozialdemokratische Landesorganisation Niederösterreich, Kt. 7, Mappe 42, Protokoll der Frauenbesprechung zum Parteitag am 13. 11. 1925 in Wien.
- 17 Auftakt zu den Wahlen in Niederösterreich, in: *Volkspost. Sozialdemokratisches Wochenblatt für die Bezirke Schwechat, Hainburg und Bruck a. d. L.*, Nr. 11, 12. 3. 1927, S. 1–2, hier 2. 1925 wurden die Namen der Mitglieder nicht veröffentlicht.
- 18 Frauen auf Vorposten. Der zweite Tag der Frauenreichskonferenz, in: *Arbeiter-Zeitung*, 9. 10. 1929, S. 4; Die Frauenreichskonferenz, in: *Die Frau. Sozialdemokratische Monatschrift für Politik, Wirtschaft, Frauenfragen und Literatur*, 38. Jg., Nr. 11, 1. 11. 1929, S. 3–39, hier 35.

1931 wurde sie als Mitglied dieses höchsten Gremiums der sozialdemokratischen Frauenorganisation bestätigt, danach fand bis zum Verbot der Partei im Februar 1934 keine Frauenreichskonferenz mehr statt.¹⁹

Weitere prominente Mitglieder des Frauenzentalkomitees waren Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Gabriele Proft, Anna Boschek, Emmy Freundlich, Amalie Seidel u. a. Anhand dieser „großen“ Namen wird die Kontinuität der sozialdemokratischen Frauenpolitik aus der Zeit vor 1918 bis in die frühen 1930 Jahre deutlich. Hella Postranecky wiederum stand gemeinsam mit Käthe Leichter, Marie Hautmann, Ferdinanda Floßmann, Marie Köstler, Rosa Jochmann, Marie Emhart u. a. für einen sich abzeichnenden Generationswechsel. Im Juli 1931 war Postranecky auch Delegierte bei der 4. Frauenkonferenz der Sozialistischen Internationale im Wiener Konzerthaus,²⁰ in deren Verlauf die Themen „Frauen in der ökonomischen Krise“ und „Der Aufstieg des Faschismus“ im Mittelpunkt standen.²¹

Die vorhandenen Quellen deuten darauf hin, dass Postranecky im Rahmen der sozialdemokratischen Frauenpolitik vor allem organisationspolitisch aktiv war. „Frauenarbeit“ war für sie vor allem Organisationsarbeit. Ihre politische Arbeit lässt sich insofern auch weniger mit konkreten Inhalten der sozialdemokratischen Frauenpolitik in Verbindung bringen – etwa mit der Abschaffung des § 144, Forderungen nach einer Reform des Ehe- und Familienrechts oder mit Problemen der berufstätigen Frau (Achtstundentag, gleicher Lohn für gleiche Arbeit) –, sondern eher mit den Schlagworten „Organisation“ und „Agitation“. Es ging um die Erhöhung des Organisationsgrades der Arbeiterinnen, um die Gewinnung von Wählerinnen, neuer Mitglieder und Funktionärinnen. Postraneckys Berichte an die niederösterreichischen Landesparteitage waren weniger groß angelegte politische Referate, sondern faktenorientierte Tätigkeitsberichte. Im Mittelpunkt standen die Mitgliederzahlen der einzelnen Organisationen, die Anzahl der Funktionärinnen, die Größe der Werbeaktionen, die Zahl der stattgefundenen Versammlungen, die genaue Anzahl der verkauften Zeitungen usw.²² Frauenpolitische Forderungen kamen in diesen Berichten

19 1932 verzichteten die Frauen auf die Abhaltung einer Reichskonferenz, zum letzten ao. Parteitag im Herbst 1933 konnte keine Konferenz mehr einberufen werden.

20 Die österreichischen Delegierten zum Internationalen Kongreß, in: Arbeiter-Zeitung, 23. 7. 1931, S. 2.

21 Irmtraut Karlsson, Herstory statt History. Die Sozialistische Fraueninternationale, in: Dies. (Hrsg.), Frauen in Bewegung – Frauen in der SPÖ, Wien 1998 [= Sozialistische Bibliothek, Abteilung 3, Bd. 2], S. 225–247, hier 236.

22 Etwa: Der niederösterreichische Landesparteitag, in: Volkspost, Nr. 21, 26. 5. 1928, S. 2–3; Rüstet zu den Gemeindewahlen in Niederösterreich!, in: Arbeiter-Zeitung, 9. 10. 1929,

kaum bzw. gar nicht vor. Auch während der Frauenreichskonferenzen meldete sich Postranecky nur zu Fragen der Agitation und Organisation zu Wort. Am 15. November 1931 sprach sie etwa bei der Konferenz im Grazer Kammergebäude über die Notwendigkeit von Filmvorführungen zur Gewinnung der Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen.²³ In diesem Kontext ist auch darauf hinzuweisen, dass Postranecky keine öffentliche Mandatarin der SDAP war, etwa im niederösterreichischen Landtag oder im Nationalrat, im Unterschied beispielsweise zu Proft oder Popp. Es gab also eine gewisse Arbeitsteilung unter den sozialdemokratischen Frauen, und Postraneckys Schwerpunkt war die innerorganisatorische Arbeit.

Wie auch später in der KPÖ nach 1945, war Postranecky in der Sozialdemokratie eine beliebte Agitatorin und vielgefragte Referentin bei Parteiversammlungen, während schriftliche Zeugnisse von ihr – Artikel in Zeitungen und Zeitschriften – kaum vorliegen. Sie war mehr eine Rednerin als eine Schreiberin. Durchblättert man die Arbeiter-Zeitung und die Volkspost der niederösterreichischen Sozialdemokratie, so stößt man im „Versammlungsanzeiger“ – vor allem in den Jahren 1930 bis 1933 – immer wieder auf ihren Namen. Es finden sich dort Ankündigungen von Vorträgen sowohl über allgemein-politische Fragen – etwa „Die neue Welt – Arbeit und Brot für alle“ oder über die „Jugend in der Gegenwart“ – wie auch über frauenspezifische Themen, etwa über „Die verheiratete berufstätige Frau“, über den § 144, über „Frau und Politik“, „Die Frau als Funktionärin“ oder „Was können sich die Frauen vom Nationalsozialismus erwarten“.²⁴ In der sozialdemokratischen Parteipresse ist sie nur mit einer Handvoll Beiträgen präsent: 1928 findet sich etwa in der Wochenzeitschrift Die Unzufriedene ein Bericht über die Gemeinde Hainburg, eine damalige Hochburg der SDAP, in der zwei Wanderkörbe mit Bett- und Kinderwäsche für bedürftige Frauen angeschafft wurden, die in der Stunde ihrer Niederkunft nicht ins Spital gehen konnten.²⁵

S. 4–5, hier 5; Hella Postranecky, Niederösterreich, in: 10 Jahre gemeinsame Organisation, hrsg. v. Frauenreichskomitee Österreichs, Wien o. J. [1930], S. 12–16; Zur Frauenlandeskongress, in: Volkspost, Nr. 41, 7. 10. 1932, S. 2.

23 Die sozialdemokratische Frauenkonferenz, in: Die Frau., 41. Jg., Nr. 1, Jänner 1932, S. 2–11, hier 9.

24 Arbeiter-Zeitung, 14. 1. 1932, S. 8; Arbeiter-Zeitung, 14. 2. 1932, S. 12; Arbeiter-Zeitung, 26. 10. 1932, S. 9; Tagblatt, 24. 11. 1932, S. 8; Arbeiter-Zeitung, 1. 2. 1933, S. 9; Arbeiter-Zeitung, 9. 2. 1933, S. 9; Volkspost, Nr. 10, 10. 3. 1933, S. 6.

25 Nelli Postranecky, Wanderkörbe für Wöchnerinnen. Soziale Hilfe einer kleinen Gemeinde, in: Die Unzufriedene. Eine unabhängige Wochenschrift für alle Frauen, 6. Jg., Nr. 33, 18. 8. 1928, S. 3.

Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstands

1933 folgte für Postranecky der höchstmögliche Schritt in der sozialdemokratischen Parteileiter: Sie wurde Mitglied des Parteivorstands, des „Olymp“ der Partei, wie Oskar Helmer jenes Gremium umschrieb,²⁶ das aus nur 20 Mitgliedern bestand. Am außerordentlichen Parteitag im Oktober 1933, dem letzten vor dem Parteiverbot, schieden die beiden sozialdemokratischen Ikonen Adelheid Popp und Therese Schlesinger aus dem Parteivorstand aus, im Sinne einer Generationsablöse wurden Hella Postranecky und Rosa Jochmann, die Sekretärin des Frauenzentralkomitees, in das Führungsgremium gewählt.²⁷ Die Wahl der beiden wurde am Parteitag kontroversiell diskutiert, hatten sich doch die Linksoption und Koloman Wallisch für die Wahl von Käthe Leichter stark gemacht.²⁸ Leichter war Akademikerin und Leiterin des Frauenreferats der Wiener Arbeiterkammer. In dieser Funktion gab sie 1930 eine Pionierstudie über die berufstätige Frau in Form eines knapp 700-seitigen Handbuches heraus, an dem auch Postranecky mit einem Beitrag über Bäuerinnen beteiligt war.²⁹ Auch Gabriella Hauch hält fest, dass Leichter aufgrund ihrer politischen Fähigkeiten prädestinierter gewesen wäre, eines der beiden Frauenmandate im Parteivorstand auszuüben. Es sei aber nicht die linke jüdische Intellektuelle Käthe Leichter in den Parteivorstand gewählt worden, sondern zwei politische noch unerfahrene, „nichtjüdische, nichtintellektuelle“ Proletarierinnen: „Radikale Frauenpolitik, repräsentiert durch erfahrene Genossinnen, war im leitenden Parteigremium nicht gefragt.“³⁰ Dass Postranecky und Jochmann eher für Organisationsarbeit denn für „radikale Frauenpolitik“ standen, wird auch durch einen Bericht in der sozialdemokratischen Monatszeitschrift *Die Frau* über den Parteitag gestützt, ist dort doch zu lesen, dass die beiden jungen Genossinnen „durch ihre agitatorische Tätigkeit den Genossinnen längst bekannt sind“.³¹ Beide haben sich auch am Parteitag nicht zu Wort gemeldet.³²

26 Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 100.

27 Konstituierung der Parteivertretung, in: *Arbeiter-Zeitung*, 17. 10. 1933, S. 2; *Der Parteitag*, in: *Die Unzufriedene*, 10. Jg., Nr. 45, 5. 11. 1933, S. 5.

28 Steiner, Käthe Leichter, S. 151.

29 Hella Postranecky, *Die Bäuerin*, in: *Handbuch der Frauenarbeit in Österreich*, hrsg. v. der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, Wien 1930, S. 178–199.

30 Hauch, *Frauen bewegen Politik*, S. 218.

31 Zusammenhalten, in: *Die Frau*, 42. Jg., Nr. 12, Dezember 1933, S. 2–3, hier 2.

32 Maria Sporrer / Herbert Steiner (Hrsg.), *Rosa Jochmann. Zeitzeugin*, Wien–München–Zürich 1983, S. 54.

Hauch führt auch die Einwände von Oskar Helmer gegen Käthe Leichter ins Treffen (bürgerlicher Hintergrund, jüdisch, Akademikerin),³³ was insofern von Bedeutung ist, als Postranecky als Frauensekretärin der niederösterreichischen Landesorganisation in den Parteivorstand gewählt wurde, einer Landesgruppe, die in der SDAP traditionell immer rechts der Mitte stand. So unterhielt auch Postranecky keine Kontakte mit der linkssozialistischen Jungfront oder mit der sich formierenden Linksoption innerhalb der Sozialdemokratie. Ihre spätere politische Haltung und ihr Übergang zur KPÖ lassen sich also nicht auf die Jahre 1933/34 zurückprojizieren. Postranecky war in der Sozialdemokratie keine Exponentin der Parteilinken und hat im niederösterreichischen Landessekretariat mit Helmer, der heute wie kaum ein anderer für den rechten Flügel seiner Partei steht, im besten Einvernehmen zusammengearbeitet. Als Beispiel hierfür sei ein von ihr und Helmer gezeichnetes Rundschreiben an alle Grundorganisationen der Partei vom November 1932 genannt, in dem verlangt wurde, dass jene Parteimitglieder, die im Rahmen der Arbeitslosenkomitees zur Zusammenarbeit mit der KPÖ bereit waren, ausgeschlossen werden sollten.³⁴

Ohne Hella Postranecky mit der politischen Haltung ihres Lebensgefährten identifizieren zu wollen, soll in diesem Kontext auch darauf hingewiesen werden, dass Karl Altmann, mit dem sie seit dieser Zeit liiert war, ein bekannter Exponent der Parteilinken war. Altmann war zwar nach 1945 einer der führenden Funktionäre der KPÖ, in der SDAP stand er aber bis 1934 am rechten Flügel. Er war ein anerkannter Verwaltungsjurist und Beamter in der Wiener Magistratsdirektion, wo er von 1929 bis 1934 die Pressestelle der Stadt Wien leitete. Parallel dazu war er als Parteianwalt der SDAP in presserechtlichen Fragen tätig und führte in dieser Funktion auch die Presseprozesse gegen die Rote Fahne, das Zentralorgan der KPÖ.³⁵ Zu seinem politischen und persönlichen Umfeld gehörten auch der spätere kommunistische Gemeinderat von Wien und Obmann des KZ-Verbands Ludwig Soswinski³⁶ und der Jurist Johann Dostal, der in der SDAP ebenso rechts stand, 1939 dann zur KPÖ stieß und nach 1945 für die Partei Mitglied des Verfassungsgerichtshofs und stellvertretender Präsident der Rechtsanwaltskammer war. Der SPÖ-Politiker Karl Mark, der 1945

33 Hauch, *Frauen bewegen Politik*, S. 237.

34 VGA, Sozialdemokratische Landesorganisation Niederösterreich, Kt. 8, Mappe 46, Sozialdemokratische Landespartei Niederösterreichs an alle Gebiets-(Bezirks)organisationen, 22. 11. 1932, S. 1.

35 ZPA der KPÖ, Karl Altmann, *Lebenslauf*, o. D. [1945], S. 1 f.; Viktor Matejka, *Widerstand ist alles. Notizen eines Unorthodoxen*, Wien 1983, S. 152.

36 „[...] ich war ein rechter Sozialdemokrat unter Dr. Karl Altmann“ (DÖW-Interviewsammlung Nr. 192, Interview mit Ludwig Soswinski am 16. 8. 1984, S. 14).

Bezirksvorsteher von Döbling wurde und immer ein Linker in der SPÖ war, spricht in seinen Erinnerungen dezidiert von einem Kreis um Altmann, Dostal und Postranecky, die in der SPÖ „extrem rechts“ gestanden seien.³⁷

Zu ergänzen bleibt, dass Postranecky als Mitglied des Parteivorstands zwar zu den führenden Frauenpersönlichkeiten der Sozialdemokratie der Ersten Republik zu zählen ist, sie aber nach 1945 aus der Erinnerungskultur der SPÖ ausgeschlossen blieb. Wenn in der Zweiten Republik von den Traditionen der sozialdemokratischen Frauenpolitik die Rede war, dann gab es auf der einen Seite die großen historischen Vorbilder wie Therese Schlesinger und Adelheid Popp, auf der anderen Seite Frauen wie Gabriele Proft, Ferdinanda Floßmann, Rosa Jochmann u. a., die diese Traditionen fortsetzten. Aufgrund ihres späteren Übergangs zur KPÖ war Postranecky – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges – nicht erinnerungswürdig. Erst in einer 2014 vom Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung herausgegebenen Dokumentation über den Februar 1934 wurde auch auf Postraneckys damalige Rolle eingegangen,³⁸ womit sie gewissermaßen in das historische Gedächtnis der SPÖ „zurückgeholt“ wurde.

Februar 1934

Hella Postranecky war zwar ab Oktober 1933 Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstands, einen maßgeblichen Einfluss auf die Politik der Partei konnte sie in dieser Funktion aber nicht mehr ausüben, wurden doch vier Monate später, nach dem 12. Februar 1934, die Sozialdemokratische Partei und all ihre Organisationen verboten. Die Februarkämpfe waren ein einschneidendes Ereignis auch im Leben von Hella Postranecky. Als Mitglied des Parteivorstands wurde sie automatisch zu einer Zielperson von Polizei und Justiz. Aus diesem Grund tauchte sie nach den Kampftagen zunächst unter. Am 19. Februar fand in ihrer Wohnung am Margaretengürtel in ihrer Abwesenheit eine Hausdurchsuchung statt.³⁹ Im Untersuchungsbericht ist zu lesen, dass Postranecky

37 Karl Mark, 75 Jahre Roter Hund. Lebenserinnerungen, Wien–Köln 1990, S. 99.

38 Veronika Duma / Hanna Lichtenberger, Geschlechterverhältnisse im Widerstand: Revolutionäre Sozialistinnen im Februar 1934, in: Abgesang der Demokratie. Der 12. Februar 1934 und der Weg in den Faschismus. Dokumentation 1–4/2013, hrsg. v. Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Wien 2014, S. 55–81, hier 75 ff. Tatsachenwidrig ist hier jedoch etwa von einer gerichtlichen Verurteilung Postraneckys und einer fast einjährigen Haft die Rede (S. 77).

39 DÖW 17.040, Bundespolizeidirektion Wien, Postranetzky Hella, Hausdurchsuchung. Meldung, 19. 2. 1934.

im Gemeindebau (dem heutigen Franz-Domes-Hof) „einen sogenannten Ledigenraum“ bewohne: „Die Wohnung ist notdürftig eingerichtet und besteht aus einem Lotterbett, einem Kasten, einem Tische und 2 Sessel, sowie einigen kleineren dazugehörigen Einrichtungsgegenständen.“⁴⁰ Am 21. Februar stellte sich Postranecky schließlich selbst und war hierauf acht Monate in Polizeihaft bzw. gerichtlicher Untersuchungshaft im Polizeigefangenenhaus Rossauer Lände und im Wiener Landesgericht.

In ihrem Gerichtsakt sind zahlreiche Vernehmungen mit ihr erhalten geblieben.⁴¹ Hieraus geht hervor, dass Postranecky am 12. Februar 1934 im Parteisekretariat der SDAP in der Wallnergasse anwesend war, wo ihr Oskar Helmer aber die Anweisung gegeben habe, abzuwarten. In einem späteren Erinnerungsartikel in der Volksstimme schrieb sie, dass Helmer mit dem christlichsozialen Landeshauptmann Josef Reither verhandelt habe, sie aber – im Gegensatz zu dieser „kampflosen Kapitulation“ – den sozialdemokratischen Organisationen die „Kampfparole“ ausgegeben habe, wie es der Parteivorstand für einen solchen Fall auch beschlossen hatte.⁴² Dennoch ist es in Niederösterreich im Februar 1934 relativ ruhig geblieben.

Von der Justiz angelastet wurde Postranecky vor allem ihre Rolle im Zusammenhang mit den Waffenfunden beim Schutzbund in Schwechat Ende Jänner 1934.⁴³ Postranecky hatte die Aussagen der verhafteten Schutzbündler schriftlich festgehalten und sie an Johann Dostal als deren Strafverteidiger übergeben, bei dem die Protokolle nach dem 12. Februar beschlagnahmt wurden.⁴⁴ Die Staatsanwaltschaft signalisierte zwar bereits am 22. Juli 1934 ihre Absicht, das Verfahren gegen Postranecky – ebenso wie jene gegen die weiteren Parteivorstandsmitglieder wie Robert Danneberg, Gabriele Proft,

40 DÖW 5.683, Bundespolizeidirektion Wien, Postranetzky Helene, Erhebung. Bericht, 17. 5. 1934.

41 Wiener Stadt- und Landesarchiv, 2.3.4.A11, Vr 1666/34, Strafverfahren gegen Otto Bauer und Genossen.

42 Hella Postranecky-Altmann, Der 12. Februar 1934 im Sekretariat Helmers, in: Österreichische Volksstimme, 14. 2. 1956, S. 2. Über die Verhandlungen vgl. auch Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, S. 153–157.

43 DÖW 5.974a, Bericht der Staatsanwaltschaft Wien I an die Oberstaatsanwaltschaft Wien in der Strafsache gegen Dr. Otto Bauer und Genossen, 5. 5. 1934, S. 13. Zu den Schwechater Waffenfunden siehe Heinz Aramberger, Schwechat und der Februar 1934, in: Claudia Kuretsidis-Haider / Manfred Mugrauer (Hrsg.), Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag, Innsbruck–Wien–Bozen 2013, S. 113–123, hier 118 ff.

44 DÖW 5.685, Niederschrift, aufgenommen am 21. 2. 1934 bei der Bundespolizeidirektion in Wien mit Helene Postranecky.

Karl Seitz und andere – einzustellen, die Oberstaatsanwaltschaft stimmte dem aber – allein aus politischen Gründen – nicht zu.⁴⁵ Am 21. September 1934 wurde Postranecky enthaftet,⁴⁶ kam allerdings nicht auf freien Fuß, sondern wurde der Polizei zurücküberstellt, die sie nach wenigen Tagen entließ und sogleich wieder verhaftete.⁴⁷ Nach weiteren 15 Tagen in Polizeihaft kam sie schließlich am 21. Oktober 1934 frei. Es blieben allerdings Beschränkungen der persönlichen Freiheit aufrecht: So durfte sie Wien nicht verlassen, keine Autobusse benutzen und auch nicht telefonieren, sie musste ihre Korrespondenz vorlegen und sich regelmäßig bei der Polizei melden.⁴⁸ Im Dezember 1935 wurde anlässlich der Weihnachtsamnestie das Hochverratsverfahren gegen die Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstands eingestellt.⁴⁹

Da sie der Polizei zu bekannt war, zog sich Hella Postranecky nach ihrer Enthaftung völlig aus der Politik zurück und arbeitete auch bis 1938 nicht illegal. Die Etablierung der austrofaschistischen Diktatur bedeutete für sie nicht nur das Ende der politischen Arbeit, sondern zunächst auch Arbeitslosigkeit. Im März 1935 fand sie schließlich eine Stelle in der Phönix-Versicherungsgesellschaft als Organisationsgruppenleiterin. Zu diesem Zweck hatte sie zuvor Sprachkurse besucht, um die Prüfung für englische Handelskorrespondenz zu bestehen.⁵⁰ Nach dem dramatischen Zusammenbruch der Phönix-Versicherung im April 1936 wechselte sie zur Donau Versicherung, für die sie bis April 1945 als Organisationsleiterin und Büroangestellte tätig blieb.⁵¹

KPÖ und antifaschistischer Widerstand

Der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich und der „Anschluss“ an das Deutsche Reich im März 1938 waren für Postranecky ausschlaggebend,

45 DÖW 19.487/122, Bundesministerium für Justiz, Zeichen VI-e, GZl. 40.031/34, Zl. 40.043–4/34 v. 8. 8. 1934, Bericht der OStA Wien in der Strafsache gegen Karl Seitz und Genossen wegen Verbrechens des Hochverrates, S. 2 f.; Eine Niedertracht!, in: Arbeiter-Zeitung, 1. 9. 1934, S. 1.

46 DÖW 20.000/A101, Landesgericht für Strafsachen Wien, 26 b Vr 1666/34, Bestätigung, 1. 2. 1949.

47 Heraus mit unseren Gefangenen!, in: Arbeiter-Zeitung, 4. 11. 1934, S. 6.

48 DÖW 5.955, BKA, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Zeichen 41/2, Zl. 166.513/34 v. 10. 12. 1934, Dr. Johann Weiss an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für das Sicherheitswesen, Hella Postranecky, Bittgesuch.

49 DÖW 19.487/122, Bundespräsidentenkanzlei, Zl. 18.453 v. 21. 12. 1935.

50 VGA, Nachlass Rosa Jochmann, Kt. 1, Mappe 2, Hella Postranecky an Rosa Jochmann, 3. 2. 1935, 4. 3. 1935 u. 25. 6. 1935.

51 ZPA der KPÖ, Hella Postranecky, Lebenslauf, o. D. [1945].

wieder politisch aktiv zu werden, und zwar in der illegalen KPÖ. In ihrem „Lebensbild“ schreibt sie: „Als Hitler 1938 einmarschierte, zog ich die politische Konsequenz und trat der Kommunistischen Partei bei. Meine Überzeugung war, dass die Politik des Nachgebens der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Reaktion, beginnend mit 1927 bis 1934, eine grundsätzlich falsche Politik war, die die Reaktion gestärkt, die Arbeiterschaft geschwächt hat und folgerichtig zu 1934 führen musste.“ Sie verknüpfte also im Rückblick ihre politische Wandlung infolge der Enttäuschung über die Politik der sozialdemokratischen Führung im Jahr 1934 mit den Ereignissen im Jahr 1938. In einem Erinnerungsfragment formuliert sie, dass sie sich „am Tage des Einmarsches Hitlers nach Österreich“ entschloss, der KPÖ beizutreten: „In der Nacht erklärte ich Altmann: ‚Jetzt gibt es nur eines, der Kommunistischen Partei beizutreten‘, worauf er antwortete: ‚Dort bin ich schon lange.‘“⁵² Karl Altmann war bereits im Jänner 1935 – nach einem Zwischenspiel bei den Revolutionären Sozialisten – zur KPÖ übergegangen,⁵³ und es erscheint nicht unglaubwürdig, dass er dies aus Gründen der Konspiration auch vor seiner Lebensgefährtin geheim gehalten hat.

Als einziges Mitglied des Parteivorstands ist Postranecky, formal betrachtet, die bekannteste ehemalige Sozialdemokratin, die nach 1934 bzw. 1938 zur KPÖ stieß. Von den vielen NationalrätInnen der SDAP taten dies nur zwei: Laurenz Genner im Jahr 1938 und Marie Köstler, die 1946, nach ihrer Rückkehr aus dem englischen Exil, der KPÖ beitrug. Der überwiegende Teil jener ehemaligen SDAP-Mitglieder, die die KPÖ nach 1934 zu einer Massenpartei und bedeutenden Kraft der österreichischen ArbeiterInnenbewegung werden ließen, waren mittlere ParteifunktionärInnen und einfache Parteimitglieder.

Über die konkrete Widerstandsarbeit Postraneckys in den Jahren 1938 bis 1945 ist – dem Charakter einer illegalen Tätigkeit entsprechend – wenig bekannt. In ihrem „Lebensbild“ schreibt sie, dass sie 1939 selbst eine kommunistische Zelle gebildet habe. Ihr Verbindungsmann zu anderen Parteiorganisationen war Otto Kubak, ein Arbeiter bei der Reichsbahn, der den KPÖ-Unterbezirk „Unterer Prater“ leitete, also jene Gegend, wo Postranecky wohnte (Nordbahnstraße). Kubak gehörte zur Widerstandsgruppe um Walter Suess und Robert Kurz, Bezirksleiter des 2. Bezirks, und war Verbindungsmann zwischen diesem Bezirk und dem damaligen Kreisleiter und späteren Stadtleiter der KPÖ Karl Hodac. Kubak wurde im Juni 1941 festgenommen, im November 1942

52 DÖW 21.595, Hella Altmann-Postranecky, Erinnerungen [Fragment], o. D.

53 ZPA der KPÖ, Karl Altmann, Lebenslauf, o. D., S. 2.

zum Tode verurteilt und im Jänner 1943 hingerichtet.⁵⁴ „Seinem heldenhaften Schweigen und dem Schweigen seiner Frau, die um seine Parteiverbindung mit mir wusste, danke ich mein Leben“, schrieb Postranecky im Jahr 1945.⁵⁵

Nachdem diese Verbindung abgerissen war, wurde Postranecky Mitglied einer Widerstandsgruppe bzw. Parteizelle der KPÖ in den Lagerhäusern der Stadt Wien. Leiter dieser Gruppe war Otto Tropper, weitere prominente Mitglieder dieser Zelle waren Karl Altmann, Laurenz Genner, der Journalist Karl Hans Heinz, der 1945 als Redakteur im Neuen Österreich arbeitete, Friedrich Franz Eder, der im April 1945 an den Parteienverhandlungen um eine Wiener Stadtverwaltung im Palais Auersperg teilnahm, oder Ehrenfried Lande, der ab 1945 das Gesundheitsamt der Stadt Wien leitete.⁵⁶ Tropper war bis 1934 – als Sozialdemokrat – Betriebsratsobmann der Städtischen Lagerhäuser und Schutzbundkommandant gewesen. Er trat im Juni 1934 zur KPÖ über und war nach 1945 Bezirksobmann im 2. Bezirk, Stadtleitungsmitglied, zunächst Direktor der Lagerhäuser und in den 1950er Jahren Betriebsratsobmann bei Siemens-Schuckert.⁵⁷ Im Rahmen der Parteizelle der Lagerhäuser gab Tropper in den Jahren 1941 und 1942 die illegale Flugschrift *Die Rote Front* heraus, deren Hauptautor Laurenz Genner war.⁵⁸

Über ihre Arbeit im Widerstand schreibt Postranecky in ihrem „Lebensbild“: „Illegal habe ich von 1938 bis 1945 gearbeitet, als Kommunistin, aber nicht nur für die Kommunistische Partei. Die Arbeitereinheit war immer mein Ziel gewesen. Praktisch habe ich mit sozialistischen Genossen und Revolutionären Sozialisten zusammengearbeitet. Ich sammelte Spenden für in Haft oder Konzentrationslagern befindliche Genossen beziehungsweise deren Familien, sowohl für die Rote Hilfe als auch für den Solidaritätsfonds der Sozialistischen Partei.“ Damit ist auch festgehalten, dass diese Gruppe gemäß der kommunistischen Volksfrontorientierung überparteilich ausgerichtet war bzw. über Kontakte zu sozialistischen Bündnispartnern verfügte. Eine Tatsache, die auch der damals 20-jährige Hans Kalt, der spätere Chefredakteur der *Volksstimme* und

54 Bundesarchiv Berlin, R 3017/24797, VGH-Urteil gegen Walter Suess, Robert Kurz, Ludwig Nemeth, Otto Kubak u. Erwin Kritek, 7 J 171/42 – 5 H 147/42 v. 4. 11. 1942; DÖW 20.000/K883, Gefangenhausdirektion des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Bestätigung, 27. 10. 1945.

55 ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 20. 8. 1945, S. 2.

56 ZPA der KPÖ, Karl Altmann, Lebenslauf, 26. 4. 1945, S. 5; Laurenz Genner, Lebenslauf, 22. 8. 1945; Karl Hans Heinz an ZK der KPÖ, 5. 5. 1945.

57 ZPA der KPÖ, Otto Tropper, Fragebogen, 18. 11. 1952; Otto Tropper, Wie die Mehrheit bei Siemens-Schuckert II erobert wurde, in: *Der Funktionär*, 1. Jg. (1951), Nr. 5, S. 92.

58 DÖW 7.213, Otto Tropper, Bericht über die Herausgabe der illegalen Zeitschrift der KPÖ „Die Rote Front“ 1941/1942, o. D., S. 1.

Finanzreferent der KPÖ, bestätigt: Kalt war zu dieser Zeit im KJV in Wiener Neustadt aktiv und hatte eine Verbindung zur KPÖ nach Wien, die über Karl Altmann lief.⁵⁹ Im Falle seiner Verhaftung nannte ihm Altmann einen Mann, der in der Zweiten Republik bis zum Vizekanzler aufstieg: den späteren SPÖ-Vorsitzenden Bruno Pittermann.⁶⁰



Amtsbescheinigung für Hella Altmann-Postranecky vom 26. April 1949

DÖW

Mitglied der Provisorischen Regierung Renner

Hella Postranecky wurde im April 1945 Mitglied der ersten österreichischen Regierung nach der Befreiung vom Faschismus. Als die Parteienverhandlungen zwischen SPÖ, KPÖ und der sich neu formierenden ÖVP begannen, lag die

⁵⁹ ZPA der KPÖ, Hans Kalt, Lebenslauf, 26. 4. 1945, S. 2.

⁶⁰ Gespräch des Verfassers mit Hans Kalt am 3. 11. 2002.

Initiative auf kommunistischer Seite bei Johann Koplenig und Ernst Fischer, die eben aus dem Moskauer Exil zurückgekehrt waren. Ihr Hauptziel war es, in der von Karl Renner gebildeten Provisorischen Regierung mit drei Mitgliedern vertreten zu sein: einem Vizekanzler sowie mit den Ministern für Inneres und Unterricht – Ziele, die im Verlauf der Verhandlungen mit der Nominierung von Johann Koplenig, Franz Honner und Ernst Fischer auch erreicht werden konnten.⁶¹ Die Parteiführung der KPÖ konnte aber nicht vorhersehen, in jedem weiteren Staatssekretariat einen Unterstaatssekretär nominieren zu müssen, hatten sich doch die Parteien im Verlauf der Verhandlungen auf eine drittelparitätische Besetzung der Zentralstellen geeinigt. Grundgedanke dieses Systems war weniger, eine möglichst gute Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien in den einzelnen Staatsämtern sicherzustellen, sondern es ging vielmehr darum, eine möglichst umfassende Kontrolle über die kommunistischen Staatssekretäre zu gewährleisten.

Die KPÖ musste so kurzfristig sechs weitere Regierungsmitglieder nominieren. Darauf war sie weder vorbereitet noch verfügte sie in den Apriltagen des Jahres 1945 über die entsprechenden Kader. Von den zurückgekehrten Moskauer Politemigranten kam allein noch Franz David für ein Regierungsamt in Frage, der 1944/45 mit Franz Honner und Friedl Fürnberg bei der Formierung der österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien mitgewirkt hatte und nun zum Unterstaatssekretär für soziale Verwaltung und Leiter des Amtes für Volksgesundheit bestimmt wurde. Alle weiteren UnterstaatssekretärInnen mussten jedoch unter jenen KommunistInnen gefunden werden, die in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur im Widerstand im Lande selbst aktiv gewesen waren. Weder jene FunktionärInnen, die in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen inhaftiert gewesen, noch jene, die in westeuropäische Exilländer geflüchtet waren, befanden sich im April 1945 in Wien, um als Mitglieder der Regierung nominiert werden zu können. Es ist davon auszugehen, dass im Moskauer Exil keine Überlegungen angestellt worden waren, wer aus dem Widerstand für ein Regierungsamt in Frage kommen könnte, nicht zuletzt deshalb, weil die engere Parteiführung kaum über Informationen über die Lage der Widerstandsgruppen und Parteiorganisationen im Land verfügte. Koplenig und Fischer mussten demgemäß innerhalb weniger Tage verlässliche GenossInnen ausfindig machen, die für hohe Funktionen in Politik und Verwaltung in Frage kamen, etwa Gottlieb Fiala als stellvertretender Vorsitzender des

61 Über den Verlauf der Parteienverhandlungen vgl. Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner, Innsbruck–Wien–Bozen 2006, S. 48–53.

neu gegründeten Gewerkschaftsbundes und Karl Steinhardt als Wiener Vizebürgermeister.

Auf damit verbundene Schwierigkeiten verweist die Tatsache, dass in der Regierungserklärung vom 27. April 1945 noch zwei Namen von kommunistischen Unterstaatssekretären, nämlich Hermann Lichtenegger und Otto Mödlagl, fehlten. Beide wurden erst am 4. Mai nachnominiert. Von Beginn an standen neben Franz David noch Laurenz Genner, Karl Altmann und Hella Postranecky fest. Altmann und Postranecky hatten das Kriegsende in einem Keller gegenüber dem Wiener Nordbahnhof erlebt. 1938 als Magistratsdirektor von den Nazis aufgrund der „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums“ pensioniert,⁶² arbeitete Postraneckys Lebensgefährtin in der NS-Zeit zunächst in der Rechtsanwaltskanzlei von Johann Dostal und ab 1942 als leitender Angestellter in einer Lebensmittelfabrik in Schwechat.



**Hella Postranecky
im Jahr 1945**
ZPA der KPÖ

62 DÖW 20.000/A102, Magistrat der Stadt Wien, Bestätigung zur Erlangung eines Ausweises nach dem Opferfürsorgegesetz, 20. 1. 1950.

Dem Wehrdienst konnte er sich entziehen, weil Ehrenfried Lande ihm Atteste ausstellte, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht wehrdienstfähig sei.⁶³ Altmann und Postranecky haben sich nach dem Ende der Kämpfe sogleich der KPÖ zur Verfügung gestellt,⁶⁴ die im April 1945 in allen Wiener Bezirken aus der Illegalität heraustrat.

Karl Altmann wurde am 15. April von Ernst Fischer gemeinsam mit Theodor Körner im Wiener Rathaus angetroffen, wo Altmann als stellvertretender Magistratsdirektor in Aussicht genommen war.⁶⁵ Fischer war darüber überrascht, dass ihm Altmann, der ihm als rechter Sozialdemokrat bekannt war, nunmehr als Kommunist gegenübertrat, dieser wurde aber aufgrund seiner fachlichen Kompetenz sofort für ein Regierungsamt in Aussicht genommen. Altmann wurde hierauf von Koplénig zu Hause aufgesucht, wo er nicht nur gebeten wurde, als Unterstaatssekretär für Justiz in die Provisorische Regierung einzutreten, sondern auch mit Postranecky über eine mögliche Mitarbeit in der Regierung zu sprechen. Postranecky schreibt darüber in ihrem Erinnerungsbericht: „Ich wusch gerade Geschirr im Lavoir in meinem schwer gebombten Einzelraum, als Altmann bei mir hereinkam und trocken sagte: ‚Hella, Du bist in der Regierung.‘“ Laut Postranecky soll es Fischer gewesen sein, den sie aus der Sozialdemokratie vor 1934 kannte, der sie konkret vorgeschlagen habe.⁶⁶ Ausschlaggebend für ihre Nominierung zur Unterstaatssekretärin für Volksernährung war gewiss auch die Überlegung, eine ehemals prominente sozialdemokratische Funktionärin in eine verantwortliche Position zu berufen, um ein sichtbares Signal an ehemalige SozialdemokratInnen auszusenden, sich in dieser historischen Stunde der Befreiung Österreichs der KPÖ anzuschließen.

Unterstaatssekretärin für Volksernährung

Im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung meldete sich Hella Postranecky in den insgesamt 43 Sitzungen nur acht Mal zu Wort, was vor allem dem Amts-

63 ZPA der KPÖ, Karl Altmann, Lebenslauf, o. D. [1945], S. 3; DÖW 22.567/46, Ober-Bezirksarzt der Stadt Wien Dr. Ehrenfried Lande, Attest für den Amtsgebrauch, 11. 1. 1945.

64 ZPA der KPÖ, Karl Altmann, Lebenslauf, 26. 4. 1945, S. 6.

65 Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955, Wien–München–Zürich 1973, S. 49; VGA, Nachlass Adolf Schärf, Box 6, Mappe 4/37, Viktor Kritscha an Adolf Schärf, 2. 1. 1948, S. 2.

66 Hella Altmann-Postranecky, „Hella, du bist in der Regierung!“, in: Österreicher der 1. Stunde 1945. Katalog zur Sonderausstellung im Dr. Karl Renner Museum Gloggnitz, hrsg. v. Verein Dr. Karl Renner Gedenkstätte, Wien 1985, S. 31–35, hier 31.

verständnis von Staatskanzler Renner geschuldet war. Hatte sich dieser zunächst darum bemüht, die UnterstaatssekretärInnen ganz vom Kabinettsrat auszuschließen,⁶⁷ war es schließlich seiner „präsidialen“ Vorsitzführung geschuldet, dass sich jene nur zu Fragen äußerten, die ihren unmittelbaren Arbeitsbereich betrafen. Demgemäß ging es in sämtlichen Wortmeldungen Postraneckys um Fragen der Ernährung, die Lebensmittelbeschaffung, den Brotpreis oder etwa um die Wirtschaftsverbände. In einem Fall richtete sich der autoritäre Stil von Renner direkt gegen Postranecky: Als in der 15. Sitzung des Kabinettsrats



Hella Postranecky (Bildmitte) als Unterstaatssekretärin für Volksernährung (1945)
ZPA der KPÖ

67 „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, hrsg. v. Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jeřábek u. Leopold Kammerhofer, Horn–Wien 1995 [= Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 1], S. 38, 42.

am 3. Juli 1945 die Lebensmittelaufbringung zur Diskussion stand, kam es zum Streit über die Kompetenzverteilung zwischen dem Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft und jenem für Volksernährung. Im Vorfeld der Sitzung hatten sich die Staatssekretäre Rudolf Buchinger (ÖVP) und Andreas Korp (SPÖ) bereits geeinigt, und zwar im Sinne der ÖVP und der Forderungen der Bauernschaft. Postranecky meldete daraufhin ihre Bedenken an, Renner hingegen erklärte das Gesetz – trotz ihrer und Otto Mödlagls Einwände – für angenommen: „Zwei Staatsämter einigen sich und dann kommen die Unterstaatssekretäre und erklären, sie sind nicht einverstanden; das geht doch nicht“, so die Worte des Staatskanzlers.⁶⁸

Die konkrete Arbeit von Postranecky im Staatsamt für Volksernährung hat in den Akten dieser Zentralstelle nur wenige Spuren hinterlassen, was vor allem darin begründet liegt, dass für sie die unmittelbar praktische Tätigkeit und nicht die Schreibtischarbeit im Vordergrund stand. So sind zahlreiche Beispiele überliefert, wie Postranecky im Rahmen der Lebensmittelaufbringung spontan und unbürokratisch Hilfe leistete und einiges erreichen konnte. Der damalige kommunistische Landesrat Vinzenz Böröcz berichtete, dass er einige Male mit Postranecky im Burgenland unterwegs gewesen war, um auf Gutshöfen im Neusiedler Bezirk Lebensmittel aufzutreiben.⁶⁹ Mehrmals ist es Postranecky gelungen, aus Lagerhäusern in Niederösterreich Lebensmittel nach Wien zu bringen und diese dem Schleichhandel zu entziehen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür waren Kontakte Postraneckys zu den sowjetischen Stellen, von denen sie die Freigabe der Lager und die Bereitstellung von Lastwägen erreichte.⁷⁰ Der Tätigkeitsbericht des Staatsamts für Volksernährung hob diese „unablässige(n) Verhandlungen mit der Roten Armee für die Bereitstellung der unbedingt nötigen Lebensmittel“ als wichtige Aufgabe des Staatsamts hervor.⁷¹ An Bittsteller, die von Lebensmittellagern erfahren hatten, gab die Unterstaatssekretärin „ganz unbürokratisch Bezugscheine“ ab.⁷² Die zeitgenössische kom-

68 Ebenda, S. 336, 340.

69 ZPA der KPÖ, Vinzenz Böröcz an das Burgenländische Landesarchiv, 3. 7. 1965; Vinzenz Böröcz, Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy gehörte, Wien 1995 [= Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 6], S. 119.

70 Enderle-Burcel / Jeřábek / Kammerhofer (Hrsg.), „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“, S. 116; Hella Altmann, In der provisorischen Regierung, in: Franz Danimann / Hugo Pepper (Hrsg.), Österreich im April '45. Die ersten Schritte der Zweiten Republik, Wien–München–Zürich 1985, S. 197–202, hier 201 f.

71 Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Staatsamt für Volksernährung, Akten 1945, Kt. 105, Tätigkeitsbericht des Staatsamtes für Volksernährung für die Monate Mai und Juni 1945.

72 Altmann-Postranecky, „Hella, du bist in der Regierung!“, S. 35.

munistische Propaganda würdigte sie als Frau, „die die Nöte und Sorgen ihres Volkes kennt und ehrlich bemüht ist, diese zu lindern, soweit es in ihrer Macht liegt“. ⁷³ Mit dem Staatssekretär Andreas Korp, der – wie sich später herausstellte – vor 1945 NSDAP-Mitglied gewesen war, ⁷⁴ gab es laut Postranecky keine nennenswerte Zusammenarbeit. ⁷⁵

Auf eine Anregung Postraneckys ging die Schaffung von Arbeitsgemeinschaften für Ernährung in den Wiener Bezirken zurück, um eine Dezentralisierung der Lebensmittelversorgung zu erreichen. ⁷⁶ Ausschlaggebend für diese Initiative war die Tatsache, dass die bereits in der NS-Zeit für die Aufbringung der Lebensmittel verantwortlichen Wirtschaftsverbände im Jahr 1945 beibehalten wurden. Die KPÖ konnte sich nicht damit durchsetzen, die Wirtschaftsverbände allein dem Staatsamt für Volksernährung zu unterstellen, und kritisierte sowohl die fehlende Entnazifizierung dieser Verbände als auch die von führenden Funktionären geübte „Sabotage“. ⁷⁷ So war die Säuberung der Wirtschaftsverbände „von allen faschistischen Elementen, ihre Entbürokratisierung und Demokratisierung“ eine der wesentlichsten Forderungen der KPÖ im Zusammenhang mit der Ernährungsfrage. ⁷⁸ Die von Postranecky ins Leben gerufenen Bezirksarbeitsgemeinschaften waren als Gegengewicht zu den Wirtschaftsverbänden konzipiert, um eine Demokratisierung der Lebensmittelaufbringung zu erreichen.

In einem 1985, zum 40. Jahrestag der Befreiung, erschienenen Erinnerungsbericht schildert Postranecky eine Episode, die ihr Improvisationstalent, die damaligen Transportschwierigkeiten und die Sabotage durch die Wirtschaftsverbände verdeutlicht: „Ein andermal machten mir Kommunisten aus Gmünd von einem großen Kartoffellager Mitteilung. Nach längerem Hin und Her, bei dem die dafür verantwortlichen Wirtschaftsverbandsfunktionäre das Vorhan-

73 Frau mit den schwersten Sorgen. Ein Sprechtag bei Frau Unterstaatssekretär Postranecky, in: Österreichische Volksstimme, 16. 9. 1945, S. 2.

74 Doris Sottopietra / Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine quantitative und qualitative Untersuchung, in: Maria Mesner (Hrsg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien–München 2005, S. 266–334, hier 279, 296–299.

75 Altmann-Postranecky, „Hella, du bist in der Regierung!“, S. 35.

76 Bezirksausschüsse für Ernährung bewähren sich. Kartoffelbezugsscheine im ersten Bezirk fast restlos eingelöst, in: Österreichische Volksstimme, 27. 9. 1945, S. 3.

77 H. P., Der braune Spuk in den Wirtschaftsverbänden, in: Neues Österreich, 18. 7. 1945, S. 1–2; Protokolle des Kabinettsrates 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945, hrsg. v. Gertrude Enderle-Burcel u. Rudolf Jeřábek, Wien 2003 [= Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 3], S. 162 f.

78 Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung Österreichs, hrsg. v. der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1945, S. 5.

densein des Lagers glatt leugneten, gelang es mit Hilfe des kommunistischen Unterstaatssekretärs im Staatsamt für Verkehr [Hermann Lichtenegger], den Transport nach Wien zu organisieren. In einem mühevollen Tag- und Nachteinsatz, mit knurrendem Magen, stellten Eisenbahner auf dem weitgehend zerstörten Südbahnhof eine fahrbare Lastwagengarnitur für den Transport zusammen. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften in Wiener Bezirken, in denen alle drei demokratischen Parteien vertreten waren, stellten sich zur Arbeit bereit. Und in aller Eile wurden von Eisenbahnern auch Schäden an den Geleisen notdürftig repariert. Eisenbahner und mitfahrende Helfer schaufelten die Kartoffeln in Gmünd in offene Waggons und brachten sie bei Nacht und Regen nach Wien. [...] Es ging mir in dieser Zeit darum, möglichst unbürokratisch zu agieren, damit schnell geholfen werden konnte.⁷⁹

Mitglied der engeren Parteiführung der KPÖ

Aufgrund des schwachen Abschneidens der KPÖ bei den ersten Nationalratswahlen im November 1945 ging die Regierungsarbeit von Hella Postranecky im Dezember nach acht Monaten zu Ende. Die KPÖ war fortan in der Konzentrationsregierung Figl mit nur einem Minister vertreten: Postraneckys Lebenspartner Karl Altmann als Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung (bis November 1947). Am 1. August 1947 heirateten die beiden nach mehr als zehnjähriger Partnerschaft.⁸⁰ Schwerpunkt der politischen Arbeit Postraneckys war nun die Parteipolitik und hier wiederum die kommunistische Frauenpolitik. Sie nahm ab 1945 in der KPÖ hohe Positionen ein, war bis 1969 Mitglied des Zentralkomitees, bis 1954 Mitglied des Politischen Büros und von 1945 bis 1948 stellvertretende Parteivorsitzende. Im engsten Führungskreis der Partei war Postranecky als einzige Frau vertreten.

Das Politische Büro als operatives Führungsgremium wurde in seiner bis 1990 währenden Funktion erst 1954 etabliert, davor existierte es in wechselnden Bezeichnungen bzw. gab es eine dreistufige Struktur der Parteiführung: Neben dem Zentralkomitee als höchstem Führungsgremium der Partei gab es ein Sekretariat (bzw. zwischen 1946 und 1948 „Politisches Sekretariat“) als eigentliches Machtzentrum und darüber hinaus von September 1945 bis April 1946 ein Präsidium und zwischen 1948 und 1954 bereits das Politische Büro. Postranecky war Mitglied des 16-köpfigen Präsidiums, von dem sie am

79 Altmann, In der provisorischen Regierung, S. 201 f.

80 Die „Volksstimme“ beglückwünscht, in: Österreichische Volksstimme, 3. 8. 1947, S. 3.

23. September 1945 provisorisch zu einer der drei stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurde.⁸¹ In dieser Funktion wurde sie in der konstituierenden Sitzung des Zentralkomitees nach dem 13. Parteitag im April 1946 bestätigt.⁸² Realpolitisch kam den stellvertretenden Parteivorsitzenden kaum Bedeutung zu, weshalb die Wahl Postraneckys vor allem als frauenpolitisches Signal zu deuten ist. In das bis zum Parteitag existierende engere Parteisekretariat wurde sie – aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Frauenpolitik der Partei – im Jänner 1946 mit beratender Stimme kooptiert.⁸³ Dem im April 1946 neu gebildeten zwölfköpfigen „Politischen Sekretariat“ gehörte Postranecky dann als Vollmitglied an, ebenso dem 18-köpfigen Politischen Büro, das nach den Parteitag der Jahre 1948 und 1951 gebildet wurde, nicht jedoch dem



Hella Postranecky (1. Reihe, 2. v. r.) als Mitglied der KPÖ-Führung am 1. Mai 1947 auf der Tribüne vor dem Parlament. 1. Reihe, 4. v. l.: Karl Altmann

ZPA der KPÖ

- 81 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPÖ am 23. 9. 1945, S. 1.
82 ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 23. 4. 1946, S. 1. Ab 1948 wurden keine stellvertretenden Parteivorsitzenden mehr gewählt.
83 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 11. 1. 1946, S. 3.

im Zuge dieser Organisationsreform reaktivierten achtköpfigen Sekretariat. In diesem engsten Führungskreis der KPÖ war keine Frau vertreten. Parallel dazu wurde Postranecky zwischen 1946 und 1951 auch in das bis 1954 existierende Organisationsbüro der KPÖ gewählt, das sich aus Organisationssekretären der Partei und VertreterInnen der wichtigsten „Massenorganisationen“ zusammensetzte und ein „Hilfsgremium“ des Politsekretariats darstellte.⁸⁴



Karl Altmann und Hella Postranecky bei der Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 23. September 1945

ZPA der KPÖ

Kommunistische „Frauenarbeit“ und Frauenpolitik

Die wichtigste Funktion, die Postranecky innerhalb der KPÖ einnahm, war jene als Vorsitzende des „zentralen Frauenkomitees“. Diese 20-köpfige Struktur wurde von einer Frauenkonferenz im Vorfeld des 13. Parteitags im April 1946 gewählt⁸⁵ und knüpfte offensichtlich an das Frauenzentralkomitee an, das in

84 ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 23. 4. 1946, S. 1; Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 2. 11. 1948, S. 2; Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 4. 11. 1951, S. 2.

85 Die Mitglieder des Zentralen Frauenkomitees, in: Stimme der Frau, Nr. 18, 4. 5. 1946, S. 1.

der Ersten Republik im Rahmen der Sozialdemokratie bestand. Weitere führende Frauenpersönlichkeiten der KPÖ der ersten Nachkriegsjahre waren u. a. Hermine Klapper, Mela Ernst, Anna Grün, Anna Strömer-Hornik, Renée Dürmayer, die Chefredakteurin der neu gegründeten Stimme der Frau, und Dürmayers Nachfolgerin Hilde Mareiner. Als Vorsitzende des zentralen Frauenkomitees war Hella Postranecky die Hauptverantwortliche für die Frauenpolitik der KPÖ.

Im parteiinternen Sprachgebrauch wurde die damalige Frauenpolitik der KPÖ vor allem als „Frauenarbeit“ bezeichnet, was auch deshalb zielführend erscheint, weil von einer eigenständigen Frauenpolitik im heutigen Verständnis nicht gesprochen werden kann. Für die KPÖ war die „Frauenarbeit“ vor allem „Massenarbeit“, also eine politische Tätigkeit, um an Menschen über die engeren Parteigrenzen hinweg heranzukommen. Sie wurde primär als Vehikel gesehen, um Frauen für die allgemeinen politischen Ziele der KPÖ zu mobilisieren. Es ging bei der Frauenarbeit mehr um die Methoden und Formen, wie man als Partei Frauen ansprechen kann, und weniger darum, frauenspezifische Forderungen und Interessen durchzusetzen. Ziel war es, die Frauen zu „erfassen“,⁸⁶ um sie an die KPÖ heranzuführen. In organisationspolitischer Hinsicht wurden zu diesem Zweck Frauenkomitees gebildet, nicht nur auf der zentralen Ebene, sondern auch auf Landesebene, auf Bezirksebene bis hinunter zu den Ortsorganisationen. „Unsere Frauenkomitees sind Arbeitsgruppen mit der besonderen Aufgabe, organisatorische und politische Arbeit in den Massen der Frauen zu leisten“, sprach etwa Hella Postranecky auf der Frauenkonferenz der KPÖ im April 1946.⁸⁷

Damit orientierte man sich zunächst unübersehbar an den Traditionen der sozialdemokratischen Frauenpolitik der Ersten Republik, bis 1948 ein tiefgreifender Wandel einsetzte. In diesem Jahr wurde Kurs darauf genommen, eine breite überparteiliche Massenorganisation zu bilden, den (bis heute existierenden) Bund demokratischer Frauen Österreichs (BDF). Die Frauenkomitees wurden in diesem Zuge aufgelöst, was eine Abkehr vom bisherigen eher sozialdemokratischen Organisationsverständnis bedeutete. Formal war der BDF schon im Juni 1946 von einem überparteilichen Proponentinnenkomitee ge-

86 ZPA der KPÖ, Protokoll des 7. ZK-Plenums der KPÖ am 8. / 9. 6. 1948, Beilage 21a: Referat von Johann Kopleng über die Arbeit unter den Frauen, S. 8.

87 Unsere Aufgaben in der Frauenarbeit. Referat der Genossin Hella Postranecky, in: Frauen sprechen! Die erste österreichische Frauenkonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs im April 1946, hrsg. v. Zentralen Frauenkomitee der KPÖ, Wien 1946, S. 10–35, hier 15.

gründet worden, dem u. a. die Physikerin Lise Meitner und die Burgtheater-Tragödin Maria Eis angehörten.⁸⁸ Der Bund entfaltete aber in der Folgezeit keinerlei Aktivitäten, weshalb er im Juni 1948 von der KPÖ mit einem geänderten Politik- und Organisationsverständnis reaktiviert wurde.⁸⁹

Betrachtet man die kommunistische Frauenpolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit, so werden mehrere Widersprüche deutlich: Zunächst gab es einen Widerspruch zwischen den hohen politischen Ansprüchen und deren konkreten Umsetzung. Die Frauenarbeit stellte in der unmittelbaren Nachkriegszeit stets einen Schwerpunkt der KPÖ-Politik dar: Es gab eigenständige Strukturen und es wurde keine Gelegenheit versäumt, die Wichtigkeit frauenpolitischer Aktivitäten zu betonen. Umgekehrt war auf Konferenzen der Partei und in Leitungssitzungen von der Frauenpolitik zumeist dann die Rede, wenn es galt, das fehlende Verständnis der meisten Parteimitglieder für dieses Politikfeld, die vorhandenen Schwächen und den völlig unzureichenden Stand der Entwicklung zu reflektieren.⁹⁰ Ein weiteres Spannungsfeld, das die kommunistische Frauenpolitik prägte, war jenes zwischen dem Verständnis einer „Arbeit von Frauen unter Frauen“ versus jenem, das die „Arbeit unter Frauen“ als Aufgabe der gesamten Partei, also als Problem der Parteileitungen und der Parteiorganisationen auf allen Ebenen auffasste. Dem zweiten Zugang folgend wurden ab 1948 – parallel zur Wiederbelebung des BDF – Frauenkommissionen bei den jeweiligen Parteileitungen gebildet, der auch führende männliche Parteifunktionäre – etwa Johann Kopleng und Franz Marek auf zentraler Ebene – angehörten.⁹¹ Hieraus resultierte wiederum ein drittes Spannungsfeld, nämlich jenes zwischen dem BDF als selbstständiger überparteilicher Massenorganisation und den neu etablierten kommunistischen Frauenkommissionen. Diese Doppelgleisigkeit erwies sich letztlich als nicht praxistauglich, weshalb die Frauenkommissionen 1950 wieder aufgelöst⁹² und die Frauenpolitik zur Gänze dem BDF überlassen wurde.

88 Bund demokratischer Frauen Österreichs, in: Stimme der Frau, Nr. 26, 29. 6. 1946, Beilage, S. 1; ZPA der KPÖ, Flugschrift „An die Frauen Österreichs“, 1946.

89 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 4. 6. 1948, S. 1 f.

90 Exemplarisch: ZPA der KPÖ, Tätigkeitsbericht über die Frauenarbeit an den Niederösterreichischen Landesparteitag der KPÖ am 23. / 24. 3. 1946, S. 1; Protokoll der Sitzung des Org.-Büros des ZK der KPÖ am 11., 12. u. 14. 4. 1947, S. 3.

91 ZPA der KPÖ, Protokoll des 7. ZK-Plenums der KPÖ am 8. / 9. 6. 1948, S. 2; Unsere Arbeit unter den Frauen, in: Der Vertrauensmann, hrsg. v. der Wiener Stadtleitung der KPÖ für die Wiener Vertrauensmänner, 3. Jg., Nr. 5, Juli/August 1948, S. 1–2, hier 2.

92 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 22. 2. 1950, S. 1.

Hella Postranecky blieb in all diesen Jahren die Leiterin der kommunistischen Frauenarbeit, woraus sich auch ihre Zugehörigkeit zum Politbüro der Partei ableitete. Sie war zwischen 1945 und 1952 sowohl nach innen als auch nach außen die repräsentative Figur der kommunistischen Frauenpolitik, die „längst bekannte Sprecherin für die Rechte der werktätigen Frauen“,⁹³ wie sie 1945 in einer Wahlkampfbroschüre apostrophiert wurde. Im Rahmen der Parteitage 1948 und 1951 hielt Postranecky Reden über die Frauenpolitik der KPÖ,⁹⁴ auf allen Frauenkonferenzen der Partei fungierte sie als Hauptrednerin.⁹⁵ In den Wahlkämpfen der Jahre 1945 und 1949 wurden in Radio Wien Ansprachen von ihr über dieses Politikfeld gesendet.⁹⁶ Am 17. Mai 1949 war Postranecky eine der Rednerinnen bei der Kundgebung vor dem Rathaus gegen das 3. Lohn- und Preis-Abkommen, an der 170.000 Menschen teilnah-



Wahlplakat der
KPÖ zu den
Nationalratswahlen
am 25. November
1945

ZPA der KPÖ

- 93 Menschen des Volkes. Biographien von Spitzenkandidaten der Kommunistischen Partei Österreichs, hrsg. v. der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1945, S. 10.
- 94 Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs (Gekürztes Protokoll), hrsg. v. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1948, S. 156; Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs im Wiener Konzerthaus, 1. bis 4. November 1951 (Gekürztes Protokoll), hrsg. v. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1952, S. 147–151.
- 95 Die Frau im neuen Österreich. Rede, gehalten auf der Funktionärinnen-Konferenz der Kommunistischen Partei am 1. Juli 1945 von Unterstaatssekretärin Genossin Hella Postranecky, hrsg. v. Frauenkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1945; Hella Postranecky, Der Kampf der Frauen. Die zweite Frauenkonferenz der KPÖ, in: Österreichische Volksstimme, 28. 10. 1948, S. 1–2.
- 96 ZPA der KPÖ, Wahlplakat der KPÖ „Kommunisten sprechen!“, 1945; Wie wird die Frau wählen?, in: Österreichische Volksstimme, 16. 9. 1949, S. 2.

men.⁹⁷ Überdies war sie Rednerin auf zahlreichen Festveranstaltungen der KPÖ, etwa zum Internationalen Frauentag,⁹⁸ der in der Politik und Traditionspflege der kommunistischen Bewegung seit jeher einen besonderen Stellenwert hatte.⁹⁹ Vor dem Frauentag am 8. März gab es von ihr stets einen entsprechenden Leitartikel in der Volksstimme, dem Zentralorgan der KPÖ.¹⁰⁰ Seit der Neugründung des BDF im Jahr 1948 gehörte Postranecky als hauptamtliche Kraft dem Sekretariat des Bundes an.¹⁰¹ Ende November 1949 nahm sie an einer Tagung des Exekutivrats der 1945 gegründeten Internationalen Demokratischen Frauenföderation in Moskau teil und besuchte in diesem Zuge zum ersten Mal die Sowjetunion.¹⁰²

Betrachtet man den Inhalt der damaligen Reden und Beiträge Hella Postraneckys, so fällt auf, dass frauenspezifische Forderungen darin einen eher geringen Stellenwert einnehmen. In ihrer groß angelegten Rede über „Die Frau im neuen Österreich“ am 1. Juli 1945, die auch als Broschüre verbreitet wurde, ging sie nahezu ausschließlich auf die Grausamkeiten des Faschismus und die Folgen der faschistischen Politik für die Frau und die Familie ein, womit der Mythos von Frauen ausschließlich als Opfer des Faschismus bedient wurde. Demgegenüber entwickelte sie kein detailliertes frauenpolitisches Forderungsprogramm für die Zeit nach der Befreiung, das über die allgemeine Losung einer „Gleichberechtigung im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben“ hinausging.¹⁰³ Jene frauenspezifischen Forderungen, die nach 1945 entwickelt wurden, wurden im Wesentlichen aus den Jahren der Ersten Republik übernommen: die Abschaffung des Paragraphen 144, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Reform des Ehe- und Familienrechts aus dem Jahr 1811, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine Alters- und Krankenversicherung für Hausfrauen.¹⁰⁴ Neu hinzu kamen friedenspolitische Forderungen,

97 Die Frauen werden sich wehren, in: Österreichische Volksstimme, 18. 5. 1949, S. 2.

98 Die Front der Mütter gegen die Mörder der Menschheit, in: Österreichische Volksstimme, 9. 3. 1946, S. 1.

99 Dazu: Maria Mesner, Mit dem Strom und gegen den Wind: Frauentag in den Nachkriegsjahren, in: Heidi Niederkofler / Maria Mesner / Johanna Zechner (Hrsg.), Frauentag! Erfindung und Karriere einer Tradition, Wien 2011, S. 140–170.

100 Z. B. Hella Postranecky, Internationaler Frauentag 1946, in: Österreichische Volksstimme, 8. 3. 1946, S. 1–2, hier 1.

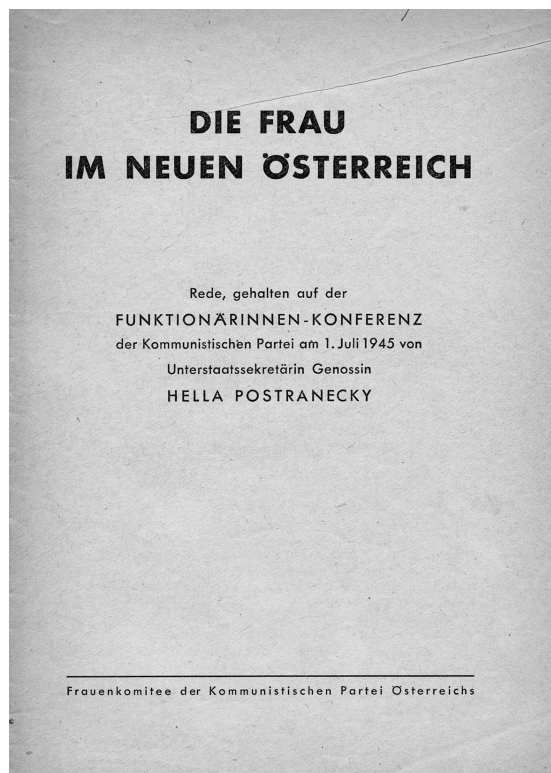
101 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 11. 12. 1948, S. 1.

102 Das gesamte Sowjetvolk kämpft für den Frieden, in: Österreichische Zeitung, 9. 12. 1949, S. 4; Frauen besuchen Moskau. Bericht der österreichischen Frauendelegation, hrsg. v. Bund Demokratischer Frauen, Wien 1949, S. 1.

103 Die Frau im neuen Österreich, S. 15.

104 Frauen fordern, in: Österreichische Volksstimme, 7. 10. 1945, S. 1–2, hier 2; Hella Postranecki-Altman, Der Kongreß der Frauen, in: Österreichische Volksstimme,

etwa die Forderung nach Abrüstung oder jene nach einem Gesetz zum Schutz des Friedens, das Kriegshetze unter Strafe stellen sollte.¹⁰⁵ Frieden und Antifaschismus entwickelten sich zu den beiden politischen Schwerpunkten der KPÖ-Frauen und des BDF in den späten 1940er und 1950er Jahren, als die Friedensbewegung insgesamt in den Mittelpunkt der kommunistischen Politik rückte. Auch die Frauentage jener Jahre standen stets ganz im Zeichen des Friedens,¹⁰⁶ und der BDF war besonders engagiert beim Sammeln von Unterschriften



Von der KPÖ herausgegebene
Broschüre „Die Frau im neuen
Österreich“ (1945), 16 Seiten

ZPA der KPÖ

24. 2. 1951, S. 1–2, hier 1; Irma Schwager, Rechte und Forderungen der Frau, in: Weg und Ziel, 11. Jg. (1953), Nr. 9, S. 600–606, hier 606; dies., Kommunistische Frauenpolitik in der Nachkriegszeit, in: Manfred Mugrauer (Hrsg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 2009 [= Alfred Klahr Gesellschaft, Quellen & Studien, Sonderband 12], S. 333–339, hier 333, 337.

105 Hella Postranecky-Altmann, Der Internationale Frauentag, in: Österreichische Volksstimme, 8. 3. 1950, S. 1–2, hier 1; dies., Frauentag, in: Österreichische Volksstimme, 8. 3. 1952, S. 3.

106 Z. B.: Dies., Für Frieden und ein besseres Leben, in: Stimme der Frau, Nr. 8, 24. 2. 1951, S. 3.

ten für den Stockholmer Appell zum Verbot der Atomwaffen, den in Österreich mehr als 950.000 Menschen unterzeichneten.¹⁰⁷

Aus heutiger Sicht sind die Reden und Artikel von Postranecky von all jenen Schwächen gekennzeichnet, die die damalige kommunistische Frauenpolitik insgesamt prägten: Nicht in Frage gestellt wurde die Existenz der kleinbürgerlichen Familie, was einen Rückschritt gegenüber den sexualrevolutionären Vorstellungen und geschlechterpolitischen Maßnahmen darstellte, die in den 1920er Jahren in der kommunistischen Bewegung infolge der Oktoberrevolution entwickelt worden waren. Ohne die Frauenpolitik der KPÖ nach 1945 an heutigen Diskursen messen zu wollen, ist zu kritisieren, dass Geschlechterverhältnisse weder thematisiert geschweige denn theoretisch durchdrungen worden wären. Die patriarchale Unterdrückung der Frau war in der KPÖ bis in die 1970er Jahre kaum Thema. Frauenpolitik bedeutete bis dahin auch für die KPÖ vor allem Familienpolitik. Erst unter dem Eindruck der „neuen Frauenbewegung“ öffnete sich die Partei neuen Fragestellungen. Auf der einen Seite

**Hella Postranecky und
Franz Honner beim
Pfingsttreffen der „Freien
Österreichischen Jugend“
in Wiener Neustadt im
Jahr 1949**

ZPA der KPÖ



107 Hella Postranetzky, in: Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, S. 148.

wurde zwar die Gleichberechtigung der Geschlechter gefordert, vor allem in der Arbeitswelt, gleichzeitig wurden Frauen aber überholte geschlechtsspezifische Eigenschaften und Zuständigkeiten zugeschrieben.¹⁰⁸ Selbst in den Reden kommunistischer Politikerinnen wurde die Verantwortlichkeit der Frauen für Familie und Haushalt nicht bestritten. Als im Juni 1948 im Zentralkomitee grundsätzlich über die Frauenpolitik der Partei diskutiert wurde, war Postranecky der Auffassung, dass man allgemeinpolitische Fragen auf spezifische Weise an Frauen herantragen müsse: „Wir müssen die Frauen bei ihrem eigenen Interessenkreis packen, da sie äußerst gefühlsmäßig reagieren“,¹⁰⁹ so die damalige Leiterin der kommunistischen Frauenpolitik.

In der friedenspolitischen Propaganda von KPÖ und BDF wurden Frauen weniger als politisch bewusste Antifaschistinnen denn als friedliebende Mütter gezeichnet, womit eine substanzielle Nähe zwischen Frauen bzw. Müttern und Frieden behauptet wurde. Postranecky sprach etwa im Jahr 1946 in einer Rede von der „Front der Mütter gegen die Front der Mörder“ im Kampf für ihre Kinder und für den Frieden.¹¹⁰ Auch in ihrem Beitrag im Begleitband zur antifaschistischen Ausstellung „Niemals vergessen“ aus dem Jahr 1946 schrieb sie über das „Leid der Mütter“, die ihre Söhne im Krieg verloren hatten.¹¹¹ 1947 sprach sie anlässlich des Frauentags ausschließlich von den Ehefrauen, die auf die Heimkehr ihrer kriegsgefangenen Männer warten, von den Müttern, die einen Kampf um das Brot ihrer Kinder führen, und von alten Frauen, die ihre Söhne im Krieg verloren haben¹¹² – also drei Mal von Frauen unter dem alleinigen Gesichtspunkt ihrer Rolle als Mütter. Diese Verschränkung von Friedensrhetorik und Mütterrhetorik in den Beiträgen Postraneckys ist nicht zuletzt auch deshalb bemerkenswert, als sie selbst keine Mutter war.

Eine Akzentverschiebung gab es schließlich auch in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs: Während die KPÖ in der Ersten Republik die ersatzlose Streichung der Paragraphen 144 bis 148 gefordert hatte,¹¹³ schrieb Postranecky im Jahr 1947 in der Stimme der Frau: „Wir Kommunisten sind nicht für völlige

108 Heidi Niederkofler, *Mehrheit verpflichtet! Frauenorganisationen der politischen Parteien in Österreich in der Nachkriegszeit*, Wien 2009, S. 81, 84 f.

109 ZPA der KPÖ, Protokoll des 7. ZK-Plenums der KPÖ am 8./9. 6. 1948, Beilage 33, S. 1.

110 ZPA der KPÖ, Referat von Hella Postranecky auf der Frauenkonferenz der KPÖ Niederösterreich am 22. 3. 1946, S. 4.

111 Hella Postranetzky, *Das Leid der Mütter*, in: *Niemals vergessen. Katalog zur antifaschistischen Ausstellung, September–November 1946 Wien I, Künstlerhaus, Wien o. J. [1946]*, S. 90–91.

112 Dies., *Zum Frauentag 1947*, in: *Stimme der Frau*, Nr. 10, 8. 3. 1947, S. 8 f.

113 Exemplarisch: *Die Todesopfer des Paragraphen 144*, in: *Die Rote Fahne*, 28. 11. 1926, S. 5; *Mittelalter im zwanzigsten Jahrhundert*, in: *Die Rote Fahne*, 24. 3. 1927, S. 1.

Freiheit auf dem Gebiet der Schwangerschaftsunterbrechung.“ Die neue Position der Partei, die auch im Nationalrat vertreten wurde, war vielmehr die soziale Indikation, also eine Prüfung der sozialen Verhältnisse, ob eine Unterbrechung der Schwangerschaft gerechtfertigt sei.¹¹⁴ Hintergrund dieser Positionsänderung war weniger eine Anpassung an die österreichische Mehrheitsgesellschaft denn ein Nachvollziehen der in der Sowjetunion herrschenden rigiden Moralvorstellungen.¹¹⁵ Erst in den 1970er Jahren kehrte die KPÖ zur Forderung nach einer ersatzlosen Streichung des Abtreibungsparagrafen zurück.¹¹⁶

Im einzigen Artikel, den Hella Postranecky für die theoretische Zeitschrift der KPÖ *Weg und Ziel* schrieb, vertrat sie 1962 die Auffassung, dass die volle Gleichberechtigung der Geschlechter nur durch den Sturz des Kapitalismus erreicht werden könne. Die KPÖ unterscheide sich von den anderen Parteien in der so genannten „Frauenfrage“ allein darin, dass sie sich nicht mit Forderungen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung begnüge, sondern die Gleichberechtigung der Geschlechter durch eine Änderung der Gesellschaftsordnung anstrebe.¹¹⁷ Bereits diese kurze Zusammenfassung macht deutlich, dass der komplexe Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Patriarchat in solchen Analysen unzureichend erfasst wurde.

Obwohl von der KPÖ weitreichende Forderungen in puncto Gleichstellung der Geschlechter erhoben wurden, waren Frauen in den Führungsgremien der Partei und auch in öffentlichen Funktionen deutlich unterrepräsentiert. Es gab weder im Nationalrat noch im Wiener Gemeinderat, wo die KPÖ über eine größere Anzahl an Mandaten verfügte (1949: 7, 1954: 6), eine Frau, die diese Forderungen hätte vertreten können.¹¹⁸ Es mussten dort Männer zur Frauenpolitik Stellung nehmen, etwa Ernst Fischer gegen den § 144 und Johann Koplenig zur Reform des Familienrechts. Nach dem Funktionswechsel von Postranecky gehörte mehr als zehn Jahre lang keine Frau dem Politbüro der KPÖ an. Erst 1965 rückte Maria Urban in die operative Parteiführung auf, sie schied 1969 im Zuge der „Parteikrise“ aber wieder aus. 1980 wurde Irma Schwager ins Politbüro gewählt, was bedeutet, dass auch zwischen 1969 und 1980 – in den Jahren

114 Hella Postranetzky, Zum § 144, in: *Stimme der Frau*, Nr. 5, 1. 2. 1947, S. 4.

115 *Die Frau in der Sowjetunion*, Wien 1948 [= Vortragsreihe der Ravag, Nr. 3], S. 18 f., 27.

116 Bund Demokratischer Frauen. Programm, Wien 1975, S. 9.

117 Hella Altmann-Postranecky, Die berufstätige Frau, in: *Weg und Ziel*, 20. Jg. (1962), Nr. 10, S. 674–684, hier 674 f.

118 Erst 1958 zog mit Steffie Hofmann, die für den ausgeschiedenen Ludwig Soswinski nachrückte, eine Frau in den Wiener Gemeinderat ein. Sie war dort allerdings nur ein Jahr lang Abgeordnete, weil bei den Wahlen im Jahr 1959 mehrere Mandate verloren gingen und die verbliebenen drei Mandate von Männern ausgeübt wurden.

des Entstehens der „Zweiten Frauenbewegung“ – keine Frau dem engeren Führungskreis der KPÖ angehörte.

Frappierend gering war der Frauenanteil im Zentralkomitee der Partei: Dieser lag 1946 zunächst bei 13,5 Prozent und sank – trotz Vergrößerung dieses Gremiums – bis 1954 auf acht Prozent. In diesem Jahr gehörten – gegenüber 57 Männern – nur zwei Frauen dem ZK als Mitglied und fünf als Kandidatinnen an (gegenüber 22 Männern, also in Summe 79 Männer und sieben Frauen). In der Gesamtmitgliedschaft waren Frauen demgegenüber mit 37 Prozent vertreten.¹¹⁹ In der Wiener Stadtleitung und den Wiener Bezirksleitungen lag der Frauenanteil im Jahr 1948 bei 15 Prozent, obwohl er in der Gesamtmitgliedschaft 40 Prozent und bei den Vertrauensleuten, also den FunktionärInnen der Partei, 27 Prozent betrug.¹²⁰

Funktionärin der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich

Das Jahr 1952 brachte eine tiefe Zäsur im politischen Leben Postraneckys: In der KPÖ und im BDF setzte im Juni dieses Jahres eine grundsätzliche Diskussion über die bisherige Arbeit unter den Frauen ein. Kritisiert wurde dabei vor allem, dass es dem BDF bis dahin nicht gelungen war, sich zu einer breiten Massenorganisation zu entwickeln. Als unmittelbare Konsequenz wurde die engere Leitung des BDF umgebildet, worauf Postranecky aus ihrer Funktion ausscheiden musste. Ein Hintergrund dieser Maßnahme waren Differenzen im Sekretariat des BDF bzw. zwischen dem Bundessekretariat und der Wiener Leitung des BDF, konkret zwischen Postranecky auf der einen und Berta Brichacek auf der anderen Seite.¹²¹ Diese Differenzen erreichten 1952 eine Qualität, die eine weitere Zusammenarbeit unmöglich machte. Es war eine für die KPÖ durchaus typische Lösung, dass beide Funktionärinnen aus der Frauenarbeit ausscheiden und in einem anderen Politikfeld aktiv werden mussten. Die neuen führenden BDF-Funktionärinnen waren fortan Friedl Zizlavsky, Maria Urban und Irma Schwager.¹²²

119 Material zum XVI. Parteitag Mai 1954, vorgelegt vom Zentralkomitee der KPÖ, Wien 1954, S. 5.

120 ZPA der KPÖ, Bericht des Wiener Frauenkomitees über seine Tätigkeit seit dem ersten Wiener Landesparteitag, o. D. [1948], S. 3.

121 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 23. 2. 1950, Beilage: Org.-Abteilung des ZK der KPÖ, Über die Lage in der Leitung des Bundes demokratischer Frauen, 9. 2. 1950, S. 1.

122 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 20. 6. 1952, S. 1.

Konkret wurde Postranecky vorgeworfen, dass sie zu wenig kollektive Arbeit leiste, wobei diese Kritik nicht von der KPÖ- oder BDF-Führung, sondern von den Frauen selbst im Rahmen einer Konferenz geübt wurde.¹²³ In der Sitzung des Politbüros im Juni 1952, bei der die Umstrukturierung der BDF-Führung beschlossen wurde, gestand Postranecky selbstkritisch gewisse Mängel ihrer eigenen Arbeit ein, wobei zu berücksichtigen ist, dass „Kritik und Selbstkritik“ in diesen Jahren in kommunistischen Organisationen in mitunter ritualisierter Form geübt wurden. Von Interesse ist aber die Einschätzung von Postranecky, dass sie „viel zu viel technische und Kanzleiarbeit gemacht habe“.¹²⁴ Auch in der schriftlichen Diskussionsgrundlage zu dieser Sitzung hieß es: „Die Genossinnen Postranecky und Zizlavsky haben sich durch die vielen täglichen organisatorischen Arbeiten verleitet, sich von der entscheidenden Aufgabe der Anleitung der politischen Arbeit ablenken zu lassen.“¹²⁵ Dies stützt den Eindruck, dass Postranecky auch in der KPÖ – trotz ihrer überragenden repräsentativen Rolle – ein Verständnis ihrer Arbeit primär als Organisationssekretärin entwickelt hat.

Werbeplakat für eine
Frauentagskund-
gebung des „Bunds
demokratischer
Frauen“ mit Hella
Postranecky am
20. März 1952
ZPA der KPÖ



Hella Postranecky war fortan, trotz ihrer bis 1954 fortwährenden Mitgliedschaft im Politischen Büro, an eher untergeordneter Stelle im Parteiapparat tätig, nämlich in der Agitprop-Abteilung der niederösterreichischen Landesleitung, und hier wiederum nicht als Leiterin, sondern „nur“ als Mitarbeiterin.¹²⁶ Postranecky verschwand mit dieser beruflichen Veränderung auch

123 Vgl. ebenda, Beilage: Johann Koplenig, Die Arbeit unter den Frauen und die Tätigkeit des Bundes demokratischer Frauen, S. 2, 6; dazu auch: ders., Zur Arbeit unter den Frauen, in: Weg und Ziel, 10. Jg. (1952), Nr. 9, S. 597–601.

124 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 20. 6. 1952, Beilage 1, S. 1.

125 ZPA der KPÖ, Diskussionsgrundlage, o. D. [Anfang 1952], S. 3 f.

126 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 3. 4. 1953, S. 1. Leiter dieser Abteilung war Anton Eder, der von 1962 bis 1970 dem Stadtrat von St. Pölten angehörte.

völlig aus der öffentlichen Wahrnehmung. Ab diesem Zeitpunkt gab es von ihr keine Leitartikel mehr zum Internationalen Frauentag und keine Referate auf Frauenkonferenzen. Nach 1945 hatte die KPÖ auf all ihren Ebenen einen überdimensionierten Apparat aufgebaut, der nach dem Abschluss des Staatsvertrags – in Anerkennung der politischen Realitäten – nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Vor diesem Hintergrund wurden 1956 einige Zeitungen und Zeitschriften eingestellt, und in den einzelnen Apparaten wurde 1956/57 mehr als ein Drittel der MitarbeiterInnen eingespart. Im Zuge dieser Umstrukturierung schied Postranecky Ende September 1957 aus dem Beschäftigungsverhältnis mit der KPÖ aus,¹²⁷ sie blieb aber weiter in ihrem Arbeitsbereich – als ehrenamtliche Mitarbeiterin mit Spesenvergütung – tätig. Im Gegenzug bezahlte Karl Altmann ab diesem Zeitpunkt (bis zu seinem Tod im Jahr 1960) keine Parteisteuer mehr.¹²⁸ Bis 1961 blieb Postranecky Mitarbeiterin der Agitprop-Abteilung, verantwortlich für die öffentlichen Veranstaltungen der KPÖ Niederösterreich, und wechselte darauf in die Gewerkschaftsabteilung der niederösterreichischen Landesleitung, wo sie sich schwerpunktmäßig mit Fragen der berufstätigen Frauen beschäftigte.¹²⁹ Sie war in diesen Jahren auch Mitglied des Frauenausschusses der niederösterreichischen Landesexekutive des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.¹³⁰

Nachdem Postranecky 1951 infolge ihrer hauptamtlichen Tätigkeit für den BDF aus der niederösterreichischen Landesleitung der KPÖ ausgeschieden war, gehörte sie ab 1954 (bis 1963) auch wieder diesem Leitungsgremium an.¹³¹ Bereits 1945 war sie Mitglied des provisorischen Landespartei sekretariats und bis 1948 eine der drei stellvertretenden Landesvorsitzenden gewesen.¹³² Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundessekretariat blieb Postranecky bis 1969

127 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 4. 2. 1957, S. 1; Personalbüro des ZK der KPÖ, 23. 9. 1957.

128 ZPA der KPÖ, Rudolf Richter, Notiz, 17. 6. 1957.

129 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 6. 5. 1961, S. 3.

130 Hella Altmann, Der berufstätigen Frau ist mit schönen Worten nicht geholfen, in: Volksstimme, Ausgabe für Niederösterreich, 23. 9. 1964, S. 6.

131 ZPA der KPÖ, 4. Landeskonferenz der KPÖ Niederösterreich am 24. 4. 1954, Bericht der Wahlvorschlagskommission; Protokoll der 7. Landeskonferenz der KPÖ Niederösterreich am 8. / 9. 6. 1963.

132 ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 3. 7. 1945, S. 1; Protokoll der Sitzung der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 2. 1. 1946, S. 1. Landesobmann war Franz Honner, die beiden anderen Stellvertreter waren Laurenz Genner und Robert Dubovsky.

Mitglied des BDF-Vorstands,¹³³ einem mit ca. 65 Mitgliedern vergleichsweise sehr großen Gremium, das nur wenige Male im Jahr zusammentrat.

Rückzug aus der Politik

In sämtlichen biographischen Darstellungen über Hella Postranecky und auch in Lexika-Artikel ist zu lesen, dass sie im Jahr 1968 – infolge ihrer Kritik am Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in Prag – aus der KPÖ ausgetreten sei.¹³⁴ Tatsächlich war Postranecky jedoch bis Dezember 1970 weiter auf ehrenamtlicher Grundlage in der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich aktiv. Erst zu diesem Zeitpunkt hat sie aufgrund ihrer Kritik an der innerparteilichen Entwicklung ihre Mitarbeit eingestellt. Bis zum 20. Parteitag im Jänner 1969 war Postranecky Mitglied des Zentralkomitees, aus dem sie zu diesem Zeitpunkt – wie zahlreiche andere FunktionärInnen der unmittelbaren Nachkriegszeit – aus Altersgründen ausschied. Ihre langjährige Mitgliedschaft im Zentralkomitee ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil diesem Gremium so gut wie niemand nur aufgrund seiner bzw. ihrer persönlichen Autorität angehörte, sondern aufgrund konkreter politischer Verantwortungsbereiche – entweder im zentralen Maßstab, auf Landesebene, in den Massenorganisationen, Betriebsräten oder in öffentlichen Ämtern. Trotz ihres Ausscheidens aus der BDF-Führung im Jahr 1952 wurde Postranecky sowohl 1954 als auch 1957, 1961 und 1965 wiedergewählt. Sie war damit neben Ernst Fischer das einzige ZK-Mitglied, das aufgrund ihrer Persönlichkeit bzw. „historischen“ Rolle und ohne konkrete Funktion der Parteiführung angehörte. Als erste Frau in einer österreichischen Regierung und frühere Frauenvorsitzende blieb sie in der KPÖ gewissermaßen eine „Symbolfigur“.

Am 22. November 1969, zu einem Zeitpunkt, als die internen Auseinandersetzungen in der KPÖ bereits entschieden waren, fungierte Postranecky als eine

133 Die Frau von heute will Gleichberechtigung, Wohlstand für die Familie, eine Welt ohne Waffen. IV. Kongress des Bundes Demokratischer Frauen Österreichs 10. und 11. Juni 1961. Sondernummer „Von Frau zu Frau“, Juni–August 1961, S. 71; Kongress österreichischer Frauen 18. / 19. Juni 1966 in Wien. Sondernummer „Von Frau zu Frau“, Juli/August 1966, S. 62.

134 Exemplarisch: Niederkofler, Mehrheit verpflichtet!, S. 218, Anm. 114; Ilse Korotin (Hrsg.), biografiA. Lexikon österreichischer Frauen, Bd. 3: P–Z, Wien–Köln–Weimar 2016, S. 2586; Austria-Forum, das Wissensnetz (http://austria-forum.org/af/AEIOU/Postranecky,_Helene), Österreichische Nationalbibliothek, Ariadne, Frauen in Bewegung: 1848–1938 (http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8674928) [beide 1. 1. 2018].

der Hauptrednerinnen auf einer Enquete der Kommission des ZK der KPÖ für Frauen- und Familienprobleme in Wien. Sie sprach auf dieser Konferenz zum Thema „Die Frau in den sozialistischen Ländern“, zitierte ausgiebig Lenin, u. a. das bekannte Diktum, dass der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation sei, und kontrastierte das veraltete Familienrecht in Österreich aus dem Jahr 1811 mit jenem in den sozialistischen Ländern.¹³⁵ Aus meiner Sicht ist Postranecky den reformorientierten Kräften im Zentrum der KPÖ zuzurechnen, vergleichbar etwa dem Wiener Landesobmann Josef Lauscher, dem stellvertretenden Chefredakteur der Volksstimme Jenö Kostmann und den Schriftstellern Bruno Frei und Franz Kain, und nicht unmittelbar dem Flügel um Franz Marek, dessen wichtigste ExponentInnen Ende November 1969 nach dem Ausschluss von Ernst Fischer aus dem Zentralkomitee ausschieden und in den folgenden Monaten und Jahren entweder aus der KPÖ austraten oder ausgeschlossen wurden.¹³⁶ Es ist auch kein Zufall, dass sich Postranecky in einer Sitzung des Zentralkomitees im September 1968, nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag, zwar gegen die Intervention wandte, und dagegen, den Demokratisierungsprozess in der Tschechoslowakei als konterrevolutionär einzuschätzen, wie das in der Prawda der Fall war. Sie sprach sich aber gleichzeitig gegen Ernst Fischers Forderung nach einem Bruch mit der sowjetischen Führung aus.¹³⁷

Im Verlauf der fortschreitenden innerparteilichen Polarisierung wurden jedoch die Kräfte des reformorientierten Zentrums aufgerieben und die meisten von ihnen sahen sich zum Rückzug gezwungen – so auch Hella Postranecky im Dezember 1970. Ausschlaggebend war hierfür gewiss der Verlauf der niederösterreichischen Landeskonferenz der KPÖ Ende Oktober dieses Jahres gewesen, auf der der reformorientierte Peter Zottl nicht mehr zum Landesobmann gewählt und die Landesleitung umgebildet wurde. Am 22. Dezember 1970 teilte Postranecky dem niederösterreichischen Landessekretariat mit, dass sie mit Jahresende ihre aktive Mitarbeit einstellen werde: „Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich betonen, dass ich nicht wegen Krankheit oder wegen meines Alters meine Tätigkeit einstelle, auch nicht wegen persönlicher Differenzen. Die Ursache liegt lediglich darin, dass ich sowohl mit der allgemeinen

135 Enquete der KPÖ. 22. November 1969. Protokoll. Marxismus – Frau – Familie – Gesellschaft. Veranstaltet von der Kommission des ZK der KPÖ für Frauen und Familienprobleme, Wien o. J. [1969], S. 41–43, hier 41.

136 Zum Verlauf der Auseinandersetzungen vgl. Manfred Mugrauer, „Oft setzte man sich über vernünftige Argumente hinweg...“. Die krisenhafte Entwicklung der KPÖ in den Jahren 1968 bis 1971, in: Ders. (Hrsg.), 90 Jahre KPÖ, S. 261–318.

137 ZPA der KPÖ, Protokoll des 33. ZK-Plenums der KPÖ am 12. 9. 1968, Beilage 40, S. 1–3.

politischen derzeitigen Linie der Partei nicht übereinstimme, als auch nicht mit deren Kaderpolitik. [...] Dieser Schritt fällt mir nach 25jähriger Tätigkeit in der KPÖ und 7 Jahren illegaler Arbeit in derselben nicht leicht. Aber ich halte es mit meinem politischen Gewissen nicht vereinbar, die derzeitige politische Linie der Partei in bestimmten grundsätzlichen Fragen zu vertreten, was meine weitere Mitarbeit in der niederösterreichischen Landesleitung unmöglich macht. Das ändert nichts an meinem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus. Doch steht – meiner Auffassung nach – die derzeitige Politik der KPÖ in vielen Fragen geradezu im Gegensatz zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Sie hilft nicht, sondern schadet der Partei. Ich bin und bleibe Kommunistin. Ich hoffe, dass in der Zukunft die richtige Politik in den Kommunistischen Parteien zum Durchbruch kommen wird.“¹³⁸

Postraneckys Schreiben wurde in einem zeitgenössischen, von Maria Urban herausgegebenen und parteiintern verbreiteten Rundbrief in Auszügen veröffentlicht,¹³⁹ was eine Zeitungsnotiz in der Tageszeitung Die Presse zur Folge hatte.¹⁴⁰ Ein späteres Austrittsschreiben von Postranecky liegt nicht vor, was darauf hindeutet, dass sie ohne demonstrativen Schritt ihre Mitgliedschaft stillschweigend auslaufen ließ. Im März 1973 war anlässlich des 35. Jahrestags des „Anschlusses“ Österreichs im Jahr 1938 in der Volksstimme davon die Rede, dass auch „Genossin Hella Postranecky-Altmann“ in einer Sendung des ORF zu Wort gekommen sei.¹⁴¹ Während andere Ausgetretene und Ausgeschlossene zu dieser Zeit bereits als „Parteifeinde“ betrachtet und entsprechend abgewertet wurden, wollte man also 1973 nicht darauf verzichten, das frühere Regierungsmitglied Postranecky für die Partei zu reklamieren. Trotz ihres Rückzugs wurde sie auch in diesen Jahren nicht als „Abtrünnige“ oder „Dissidentin“ wahrgenommen.

Hella Postranecky zog sich in den 1970er und 1980er Jahren völlig aus der Politik zurück. Sie trat nur noch als Zeitzeugin über ihre Rolle im Jahr 1945 in Erscheinung, etwa im Rahmen einer von der Gewerkschaftlichen Einheit veranstalteten Vortragsreihe 1977/78¹⁴² oder in zwei im Jubiläumsjahr 1985

138 ZPA der KPÖ, Hella Altmann an das Landessekretariat der KPÖ Niederösterreich, 22. 12. 1970, S. 1.

139 Weitere Schritte notwendig, in: [Rundbrief], hrsg. v. Maria Urban, Februar 1971, S. 1–2.

140 Mitarbeit eingestellt, in: Die Presse, 25. 3. 1971, S. 2.

141 H. K., Nochmals ORF und 13. März, in: Volksstimme, 15. 3. 1973, S. 4.

142 Hella Postranecky-Altmann, Die provisorische Regierung 1945, in: Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit und Bewegung für Sozialismus (föj) (Hrsg.), Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1978, S. 79–89.

erschienenen Sammelbänden.¹⁴³ An ihrer politischen Haltung ließ sie bis zuletzt keinen Zweifel. So formulierte sie etwa in einem Manuskript aus dem Jahr 1984, dass sie zwar keiner Partei mehr angehöre, dass sie aber „nie der Arbeiterbewegung untreu geworden“ sei.¹⁴⁴ Als letztes Mitglied der Provisorischen Regierung Renner starb Hella Postranecky am 6. Jänner 1995 im Alter von knapp 92 Jahren in Wien.



Hella Postranecky
DÖW-Fotosammlung 9776a/6

143 Altmann, In der provisorischen Regierung; Altmann-Postranecky, „Hella, du bist in der Regierung“.

144 DÖW 22.567/49, Hella Altmann-Postranecky, [Erinnerungsmanuskript], o. D. [1984], S. 1. Diese Signatur umfasst den an das DÖW abgegebenen Nachlass von Postranecky, dessen Quellenwert allerdings als niedrig einzuschätzen ist. So befinden sich in den 50 Kuverts des Nachlasses mehrheitlich Typoskripte von später veröffentlichten Arbeiten und Materialien über die Politik der KPÖ nach 1945. Die wenigen „Ego-Dokumente“ gehen nicht über das eingangs zitierte „Lebensbild“ (DÖW 16.644) hinaus.